



Universitäts- und Bildungspolitik in der Habsburger Monarchie: Der politische Hintergrund zur Errichtung des Unterrichts- und Cultusministeriums 1849

Gebhard Bendler

Kerngebiet: Österreichische Geschichte

eingereicht bei: o.Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Brigitte Mazohl

eingereicht im Semester: SS 2007

Rubrik: SE-Arbeit

Benotung dieser Arbeit durch LV Leiterin: sehr gut

Abstract

University and Education Politics in the Habsburg Monarchy: The Political Background of the Establishment of the Ministry for Education and Culture in 1849

The following seminar-paper is about the political background of the establishment of the Austrian Ministry for Education and Culture in the year 1849. It will examine the impact of the revolution in 1848 on the development of a “modern” Austrian educational system.

Einleitung

„Bildungspolitik ist die Wirtschafts- und Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts“¹, so der deutsche CSU-Politiker Günther Beckstein. Dass Bildung und deren politische Institutionalisierung wichtig ist, hatten wohl schon andere vor ihm erkannt. Zum Beispiel im 19. Jahrhundert in Österreich. 1848 brach dort, wie in vielen anderen europäischen Staaten, eine bürgerliche Revolution aus. Diese Revolution beschleunigte die bereits begonnene Bildungsdiskussion und führte schließlich zur Errichtung des Unterrichts- und Cultusministeriums im Jahre 1849. Ziel dieser Untersuchung ist es, die politischen Hintergründe aus einer auf die unmittelbaren Ereignisse fokussierten Perspektive, zu beleuchten. Naturgemäß kann eine so kurze Arbeit die multikausalen politischen Zusammenhänge nur andeuten. Deshalb beschränkt sich der Aufsatz auf den Zeitraum von der Revolution 1848 bis zur Ernennung des Unterrichtsministers Leo Graf Thun Hohenstein im Sommer 1849. Die Quellenbasis bilden die Ministerratsprotokolle dieses Zeitraumes, wann immer darin das Bildungsministerium und dessen Einflussphäre zur Sprache kamen, wurde es in die Analyse aufgenommen. Im ersten Kapitel der Arbeit wird allerdings ein Ausflug unternommen. Es wird das preußische Bildungssystem aufgerollt, welches nicht nur dieser Untersuchung den Impuls gab, sondern auch vielen Reformen in jener Zeit. Es war das bildungspolitische Ideal, nach dem sich alle deutschen Staaten und etwas verspätet Österreich orientierten; diesem Modell galt es sich anzunähern.

I. Ausblick auf die preußische Bildungsreform im beginnenden 19. Jahrhundert

In Preußen wurde das gesamte Bildungssystem schon wesentlich früher radikal überarbeitet. Im Rahmen der von Freiherr vom und zum Stein² auf den Weg gebrachten Reformen, die dem mit der französischen Revolution erwachten Freiheitsstreben der Bürger mehr Raum geben wollten, sollte auch das Unterrichtswesen erneuert werden.³ Diese Aufgabe erhielt Wilhelm von Humboldt⁴. Er wurde 1809 zum Direktor für die Sektion der Kultur und des Unterrichts im Ministerium für Inneres nominiert und ist als Urheber für die folgende Modernisierung des Bildungsbereiches in Preußen zu bezeichnen.⁵ Noch im selben Jahr wurde in Berlin die Friedrich-Wilhelm-Universität gegründet, die aber erst im darauffolgenden Jahr den Betrieb aufnahm. Sie entwickelte

¹ Fachgespräch "Jedes Talent fördern – Perspektiven des gegliederten Schulwesens" am 18. Juni 2008, [http://www.csu-landtag.de/www/druckversion/1170_1695.asp], o. D., eingesehen 5.10.2009.

² Heinrich Friedrich Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein (geb. 25. Oktober 1757 in Nassau; gest. 29. Juni 1831 in Cappenberg, Westfalen) war ein preußischer Beamter, Staatsmann und Reformier.

³ Clemens Menze, Die Bildungsreform Wilhelm von Humboldts, Hannover 1975, S. 19ff.

⁴ Friedrich Wilhelm Christian Carl Ferdinand von Humboldt (geb. 22. Juni 1767 in Potsdam; gest. 8. April 1835 in Tegel) war ein deutscher Gelehrter, Staatsmann und Mitbegründer der Universität Berlin.

⁵ Tilman Borsche, Wilhelm von Humboldt, München 1990, S. 83f.

sich zur Musteruniversität Preußens und diene den meisten anderen Staaten des deutschen Bundes als leuchtendes Vorbild.⁶

Schon in einer 1792 verfassten Schrift Humboldts wird seine Geisteshaltung, die sich in der Reorganisation des Bildungssektors manifestierte, deutlich:

„Der wahre Zweck des Menschen – nicht der, welchen die wechselnde Neigung, sondern welche die ewig unveränderliche Vernunft ihm vorschreibt – ist die höchste und proportionierlichste Bildung seiner Kräfte zu einem Ganzen. Zu dieser Bildung ist Freiheit die erste und unerlässliche Bedingung. [...] Gerade die aus der Vereinigung mehrerer entstehende Mannigfaltigkeit ist das höchste Gut, welches die Gesellschaft gibt, und diese Mannigfaltigkeit geht gewiß immer in dem Grade der Einnischung des Staates verloren. Es sind nicht mehr eigentlich die Mitglieder einer Nation, die mit sich in Gemeinschaft leben, sondern einzelne Untertanen, welche mit dem Staat, d.h. dem Geiste, welcher in einer Regierung herrscht, in Verhältnis kommen, und zwar in ein Verhältnis, in welchem schon die überlegene Macht des Staats das freie Spiel der Kräfte hemmt. Gleichförmige Ursachen haben gleichförmige Wirkungen. Je mehr also der Staat mitwirkt, desto ähnlicher ist nicht bloß alles Wirkende, sondern auch alles Gewirkte. [...] Wer aber für andere so räsoniert, den hat man, nicht mit Unrecht, in Verdacht, dass er die Menschen mißkennt und aus Menschen Maschinen machen will.“⁷

In diesem ideologischen Kontext steht auch die Forderung Humboldts nach absoluter Unabhängigkeit der Universität. Forschung und Lehre sollte frei sein von äußeren Einflüssen, frei von politischen sowie kirchlichen Zwängen und wirtschaftlichen Interessen. Die Wissenschaft dürfe ausschließlich der Suche nach Wahrheit und Erkenntnis aus reinem Selbstzweck dienen und habe sich nur diesem Prinzip unterzuordnen.⁸ Ebenso wurde den Studenten die Freiheit zugesprochen, ihre Professoren und die Abfolge des Besuchs der Pflichtgegenstände selbst auszuwählen. Unter den Schlagworten „Lehr- und Lernfreiheit“, die dann auch im Revolutionsjahr 1848 im Kaisertum Österreich besonders laut erschallten, wurde jenes Konzept subsumiert.⁹

Diese Denkansätze stehen in direkter Verbindung zu einer neuen Betrachtungsweise, zu einem anderen Verständnis von Wissenschaft. Wissen solle nicht mehr nur unref-

⁶ Borsche, Wilhelm von Humboldt, S. 90.

⁷ Wilhelm von Humboldt, Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen, Leipzig 1885, S. 22f.

⁸ Menze, Bildungsreform, S. 48f.

⁹ Hans Lentze, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein (Sitzungsberichte der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, philosophisch-historische Klasse 239/2), Wien 1962, S. 26; Richard Meister, Lehr- und Lernfreiheit in der Thunschen Universitätsreform und in der Gegenwart in Österreich, in: *Anzeiger der Österreichischen Akademie der Wissenschaften* (1957), Nr. 15, S. 207–232, hier S. 208f.; Derselbe, Entwicklung und Reform des österreichischen Studienwesens (Sitzungsbericht der österreichischen Akademie der Wissenschaften, philosophisch-historische Klasse 239/1), Wien 1962, S. 68f.

lektierte Reproduktion von vorgefertigten Erkenntnissen sein, sondern im selbständigen und kritischen Forschen und Entdecken erworben bzw. nachvollzogen werden, um sich in eine eigene kognitive Erfahrung, in einen persönlichen Einblick, zu verwandeln. Die Wissenschaft dürfe nicht mehr nur eine reine Vorbereitung auf den Beruf geben oder dazu da sein, dem Staat fleißige Beamte zu züchten. Die Wissenschaft müsse zweckfrei, um ihrer selbst willen existieren, nur so könne sie frei sein. Nur zweckfrei gebildete Menschen können dem Staat vorbehaltlos und rein dienen, nur sie kämen als hervorragende Staatsbedienstete in Betracht, womit gegenüber dem absolutistischen Staat für die wissenschaftliche Freiheit argumentiert wurde.¹⁰

Die preußische Regierung gewährte den Universitäten die Autonomie und die damit verbundenen Rechte auf Selbstverwaltung und Selbstbestimmung, um dieses Programm umsetzen zu können. Es war eine Zeit, in der der Begriff „Freiheit“ hohe Wellen schlug und in Gelehrtenkreisen in aller Munde war. Der so genannte „politische Liberalismus“ war ein Kind der Aufklärung, wobei der Terminus wesentlich jünger ist als die geistige Strömung selbst. In Großbritannien und den USA dominierte diese Bewegung schon im 18. Jahrhundert große Bereiche des politischen und wirtschaftlichen Lebens.¹¹ In Kontinentaleuropa hingegen gelangten diese Ideen nicht so schnell zum Durchbruch. Erst die französische Revolution und die kleineren Revolutionen des 19. Jahrhunderts brachten sie auf Kurs. In den deutschen Staaten verbanden sich die Kultur der Romantik und der deutsche Idealismus mit der liberalen Denkschule; Liberalismus, Nationalismus und auch demokratische Vorstellungen, die zunächst noch mit dem Nationalismus in Einklang waren, gingen eine Symbiose ein.¹² Die auf dem Fundament der „Freiheit“ erbauten deutschen Universitäten wurden ein Hort des Liberalismus. Nachdem das Schreckgespenst Napoleon von der politischen Bühne verschwunden war, setzten die Regierungen der meisten deutschen Staaten wieder auf einen konservativen Kurs, die Restauration wurde eingeleitet.¹³ Die radikalen liberalen Auswüchse an vielen Universitäten waren den konservativen Kräften ein Dorn im Auge. Sie versuchten diese Tendenzen an den Hochschulen einzudämmen und die Ideale Humboldts wurden entschärft bzw. deren praktische Umsetzung nur halbherzig vollzogen. Schon Humboldts Nachfolger, der Beamte Friedrich Schuckmann¹⁴, warf die Autonomiebestrebungen der Universität über Bord und schränkte die für Professoren gültige

¹⁰ Menze, Bildungsreform, S. 53–58.

¹¹ Gerhard Göhler, Liberalismus im 19. Jahrhundert – eine Einführung, in: Politische Theorien des 19. Jahrhunderts. Konservatismus, Liberalismus, Sozialismus, hrsg. v. Bernd Heidenreich, Wiesbaden 1999², S. 211–228, hier S. 211–215.

¹² Göhler, Liberalismus, S. 221–224.

¹³ Lentze, Die Universitätsreform, S. 27f.

¹⁴ (Kaspar) Friedrich von Schuckmann, ab 1834 Freiherr von Schuckmann (geb. 25. Dezember 1755 in Mölln; gest. 17. September 1834 in Berlin) war königlich preußischer Staatsminister (Innenminister) und Mitglied des Preußischen Staatesrates.

Zensurfreiheit ein.¹⁵ Mit den Karlsbader Beschlüssen 1819 wurde schließlich viel von dem liberalen Geist, den die Bildungsreform der Universität gebracht hatte, unterdrückt. Dennoch gediehen die subversiven Kräfte an den Hochschulen prächtig und so scheint es nicht verwunderlich, dass die Träger der Revolution 1848 in den deutschen Staaten wie in Österreich dem universitären Kreis zuzurechnen waren.

Ebenso wenig konnte die katholische Kirche als Sympathisant der neuen deutschen Universitäten bezeichnet werden. Ihr gelang es nicht, sich mit den modernen Ideen anzufreunden, aber auch von Seiten der Universitäten wurden gegenüber der katholischen Kirche Ressentiments gehegt.¹⁶ Zudem war die große Mehrheit der jungen deutschen Staaten evangelisch und somit waren auch die Universitäten de facto dementsprechend ausgerichtet, obwohl sie sich laut den humboldtschen Idealen laizistisch zeigen sollten. Die noch aus dem Heiligen Römischen Reich deutscher Nation verbliebenen katholischen Universitäten wurden geschlossen, woran die katholische Kirche Anstoß nahm.¹⁷

Mit der Umstrukturierung der Hochschulen wurde die Metamorphose des Professors vom „wandelnden Lexikon“ zum detailliert forschenden, Wissen erschließenden, Erkenntnis suchenden Wissenschaftler vollzogen. Forschung und Spezialisierung des Wissens fand vorerst vor allem auf der neu definierten philosophischen Fakultät statt. Dort war auch am ehesten das Ideal der Lernfreiheit verwirklicht.¹⁸ Humboldt vollzog eine massive Aufwertung dieser Institution. War sie vorher nur eine Vorbereitungseinrichtung für den Zugang zu den anderen Fakultäten, quasi ein geisteswissenschaftlicher Grundkurs, wo die Ausbildung in den „Septem Artes Liberales“ erfolgte, so wurde sie nun eine Forschungseinrichtung, der viel Bedeutung beigemessen wurde. Im Gegensatz zur Gegenwart hatte die philosophische Fakultät damals eine Führungsrolle an der Universität inne.¹⁹

Aber es wurde im Zuge dieses Reformwerks nicht nur an den Universitäten viel verändert, auch die Gymnasien waren betroffen. Die Schaffung des neuhumanistischen Gymnasiums war ebenso eine Leistung jener Zeit. Besonders lag Humboldt eine umfassende, universale Bildung der jungen Menschen am Herzen: „Das Menschenkind zum Menschen zu erziehen, das heißt ‚humanistisch‘, nicht den Schusterjungen zum Schustern, dies ist die Aufgabe der neuen allgemein bildenden staatlichen Schulen.“²⁰

Das Hauptaugenmerk der dortigen Ausbildung war auf die vier Hauptfächer Latein, Griechisch, Deutsch und Mathematik gerichtet. Ebenso fiel die Einführung des Abiturs

¹⁵ Menze, Bildungsreform, S. 101.

¹⁶ Lentze, Die Universitätsreform, S. 27.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Ebd., S. 28.

¹⁹ Menze, Bildungsreform, S. 56–67.

²⁰ Wilhelm von Humboldt, zit. nach Menze, Bildungsreform, S. 23.

in die schulische Umgestaltung. Damit wurde eine Prüfung ins Leben gerufen, die einen einheitlichen Ausbildungsstandard für den Besuch der Universität sicherte, was die bisherige Aufnahmeprüfung an den Hochschulen obsolet machte und das Niveau hob.²¹

Es soll noch angeführt werden, warum die preußische Bildungsreform Relevanz für die Thematik des politischen Hintergrunds der österreichischen Bildungsreform hat. Zynisch und überspitzt formuliert, könnte behauptet werden, dass die Erneuerungen im österreichischen Unterrichtswesen nur eine Kopie des preußischen Reformwerks waren. In der Tat diente das preußische Werk als Vorbild und es lassen sich zahlreiche Parallelen finden. Etliche am Neugestaltungsprozess des österreichischen Bildungswesens Beteiligte wiesen sogar explizit darauf hin, dass eine Anpassung an das preußische Modell notwendig sei. Denn um den Anspruch auf die Vorherrschaft im deutschen Bund wieder geltend machen zu können, müsse Preußen zumindest auf dem Bildungssektor eingeholt werden.²² Es soll an dieser Stelle jedoch nicht der Eindruck entstehen, dass die Zustände an den preußischen Universitäten paradiesisch waren und einem goldenen Zeitalter der Wissenschaft entsprachen, welches über jeden Verdacht erhaben war. Theorie und Praxis sind bekanntermaßen weiter voneinander entfernt, als man wahrhaben möchte. Wie schon angesprochen war auch Preußen unmittelbar nach Erlass der Reformen in eine politisch reaktionäre Phase eingetreten, weshalb bald viel von dem liberalen Geist an den Universitäten verloren ging.²³

Ein zweiter Punkt, der für den politischen Hintergrund in Österreich von Bedeutsamkeit ist, war das an der preußischen Universität weitgehend verwirklichte Prinzip der Lehr- und Lernfreiheit. Dieses Ideal strebten auch die Professoren und Studierenden in Österreich an und erhoben dessen Umsetzung zu einer Hauptforderung in der Revolution von 1848. Dieser Grundsatz wurde auch zur Prämisse der vom ersten Unterrichtsminister des Habsburgerreiches, Freiherr von Sommaruga²⁴, eingeleiteten Bildungsreform.

II. Der Auslöser der Bildungsreform: die Revolution von 1848

Die revolutionäre Bewegung des Jahres 1848 entstand aufgrund mehrerer gesellschaftlicher Prozesse, die sich Mitte des 19. Jahrhunderts zuspitzten. Der Impuls kam von außen, genauer gesagt aus Paris, doch der Funke war sehr bald auch auf das Habsburgerreich übersprungen. Im März musste der Hof dem Druck der Straße

²¹ Lentze, Die Universitätsreform, S. 24 f.

²² Ogris, Die Universitätsreform, S. 11; Lentze, Die Universitätsreform, S. 30; Engelbrecht, Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Erziehung und Unterricht auf dem Boden Österreichs, Band 4: Von 1848 bis zum Ende der Monarchie, Wien 1986, S. 221f.

²³ Menze, Bildungsreform, S. 56–67.

²⁴ Biographische Angaben folgen weiter unten.

nachgeben und der unbeliebte Staatskanzler Metternich trat zurück und flüchtete nach England.²⁵

Was waren die Gründe für die Unzufriedenheit in weiten Teilen der Bevölkerung? Zweifellos war eine starke soziale Komponente für den Ausbruch der Revolution verantwortlich, ein Hauptthema war die Grundentlastung der Bauern, die dann auch tatsächlich vom neu entstandenen Reichstag beschlossen wurde. Aber nicht nur die Bauern zeigten Interesse an Änderungen, auch die sich formierende Arbeiterschaft integrierte sich in das politische Leben. Freilich steckte die Arbeiterbewegung in der Habsburgermonarchie noch in den Kinderschuhen und hatte noch keine kräftige politische Stimme, da Österreich im Gegensatz zu Westeuropa noch nicht gänzlich auf den Zug der Industrialisierung aufgesprungen war.

Das im Aufstieg begriffene Bürgertum war wirtschaftlich ein bedeutender Machtfaktor geworden und wollte nun auch mehr Mitspracherecht auf politischer Ebene. Die bürgerliche Schicht umfasste Gewerbetreibende und größtenteils Beamte, die über einen Hochschulabschluss verfügten, aber vom politischen Entscheidungsprozess gänzlich ausgeschlossen waren. Kunst und Presse unterlagen strikter Zensur im vormärzlichen „Polizeistaat“, freie Meinungsäußerung war ein Fremdwort, die Bürger und ihre gesellschaftlichen sowie kulturellen Ambitionen wurden ins Private zurückgedrängt. Das Studiensystem war gänzlich veraltet und hinkte den anderen deutschen Staaten weit hinterher. Die Universitäten waren schon in der Zeit Maria Theresias von autonomen Körperschaften, wie sie es z. B. in Preußen immer waren, zu staatlichen Einrichtungen umgewandelt worden und unter dieser staatlicher Bevormundung blieben sie auch.²⁶ Von Freiheit war dort keine Rede; es war ein mehr oder minder strikt überwachter, verschulter, regressiver Betrieb. 1848 mündete schließlich der Unmut darüber, der von den neuen liberalen Ideen noch gespeist wurde, in eine Revolution. Was war für die Regierung so beängstigend an dem neuen politischen Geist? Ob es die Teilnahme der Bürger an der Macht war, was die Staatskonferenz²⁷ störte? Was die Habsburgermonarchie auf jeden Fall bedroht hätte, wäre die Umsetzung der nationalen Bestrebungen gewesen. Der meist mit dem Liberalismus einhergehende Nationalismus bot erhebliches Gefahrenpotential für den Gesamtstaat. Die nationalen Ideen standen in krassem Widerspruch zu den Vorstellungen der konservativen Kräfte und bald auch zu jenen des Wirtschaftsbürgertums. Dieses wollte zwar mehr Mitspracherecht, aber keineswegs ein in kleine Nationalstaaten aufgeteiltes Reich, welches ihrer Meinung nach volkswirtschaftlich

²⁵ Helmut Rumpler, Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie 1804–1914 (Österreichische Geschichte 6), Wien 2005, S. 277.

²⁶ Meister, Entwicklung, S. 6.

²⁷ Die Geheime Staatskonferenz war ein Rat, der nach der Machtübernahme des regierungsunfähigen Kaisers Ferdinand die Regierungsaufgaben wahrnahm. Sie ersetzte seit 1836 quasi den Kaiser.

nicht mehr konkurrenzfähig gewesen wäre. Das Kabinett Schwarzenberg zum Beispiel, welches zunächst nach der Niederwerfung der Revolution die Fäden im Staat zog und beide genannten Interessensgruppen vertrat, war bemüht Österreich wieder zu einer Hauptrolle auf der internationalen Bühne zu verhelfen, und das war nur mit einem großen Territorialstaat zu bewerkstelligen.²⁸

III. Der Aufbaubeginn des Ministeriums für öffentlichen Unterricht

Die im vorigen Abschnitt dargestellten Ereignisse bilden die Kulisse zur Errichtung eines eigenständigen Unterrichtsministeriums. Mit der Revolution wollten Teile des Bürgertums die österreichische Monarchie auf einen konstitutionellen Weg bringen. Der Widerstand in der Bevölkerung war über Jahre gewachsen und so kam das Aufbegehren des Volkes nicht unerwartet für die Regierung. Metternich spielte schon einige Zeit vor Ausbruch der Revolution mit dem Gedanken, nötige Reformen auf den Weg zu bringen, um der Unzufriedenheit und dem aufkeimenden revolutionären Potential der Bürger den Wind aus den Segeln zu nehmen. Tatsächlich veranlasste er noch am 12. März 1848, dass Beratungen darüber angesetzt werden.²⁹ Doch dies kam zu spät! Die Bevölkerung konnte mit zaghaften, halbherzigen und überdies vage formulierten Konzessionen, die nur ein Tropfen auf dem heißen Stein waren, nicht mehr beruhigt werden. Zahlreiche Petitionen und Memoranden – von allen Seiten – wurden in den Märztagen an den Kaiser herangetragen. Eine mehrmals vorgebrachte Forderung war mit der Hebung des Unterrichts verbunden und auch die Studenten brachten eine Petition mit diesem und noch anderen Postulaten ein. Die angehenden Akademiker waren mit einem jugendlichen Idealismus beseelt, der vor Tatkraft strotzte und das alte verhasste System radikal verändern wollte. Sie drückten der Revolution ihren Stempel auf und waren maßgeblich am Auf- und Umbruch beteiligt. Am selben Tag an dem Metternich unter dem Druck des Aufbegehrens der Bevölkerung Zugeständnisse machen wollte, am 12. März, wurde Kaiser Ferdinand die an der Wiener Universität einstimmig beschlossene Petition der Studenten vorgelegt.³⁰ Das Credo dieser Bittschrift lautete Freiheit. Die darin vorgebrachten Wünsche waren: „Preß- und Redefreiheit zur Herstellung eines gegenseitigen Verständnisses und Vertrauens zwischen Fürst und Volk“³¹ und schon an zweiter Stelle stand der für diese Arbeit bedeutende Punkt „Hebung des Volksunterrichtes und insbesondere Einführung

²⁸ Zu gesamten Kapitel siehe Rumpler, *Chance*, S. 261–304; Robert Endres, *Revolution in Österreich 1848*, Wien 1947.

²⁹ Friedrich Walter, *Die österreichische Zentralverwaltung, III. Abteilung: Von der Märzrevolution 1848 bis zur Dezemberverfassung 1867*, 1. Band: Die Geschichte der Ministerien Kolowrat, Ficquelmont, Pillersdorf, Wessenberg-Dobhoff und Schwarzenberg, Wien 1964, S. 2f.

³⁰ Engelbrecht, *Geschichte*, S. 515.

³¹ Petition der am 12. März 1848 in der Aula der Wiener Universität versammelten Studierenden, zit. nach Engelbrecht, *Geschichte*, S. 515.

der Lehr- und Lernfreiheit³². Des Weiteren wollten sie noch die „Gleichstellung der verschiedenen Glaubensgenossen in staatsbürgerlichem Rechte, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens [und eine] allgemeine Volksvertretung in und außer dem deutschen Bundestheile beim Bunde“³³.

Der Druck der Straße stieg stetig, sodass als letzte Lösung politisches Entgegenkommen blieb. Die Regierung stellte eine Verfassung in Aussicht und hob die Zensur auf. Im Zuge dieser Neuerungen wurde auch entschieden, dass die Hofstellen durch Ministerien ersetzt werden sollten. Im Protokoll der vorletzten Sitzung der Staatskonferenz findet sich dazu Folgendes:

„Es wurde übereinstimmend beschlossen, dass es mit Berücksichtigung des Ah. Patentes vom 15. März d. J. unerlässlich sei, einen verantwortlichen Ministerrat zu bilden. Dieser Ministerrat hätte zu bestehen aus dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten und des Hauses, aus dem Minister des Inneren, aus dem Minister der Justiz, aus dem Minister der Finanzen und dem Minister des Krieges. Den Vorsitz im Ministerrat hat ein von Sr. Majestät zu bestimmender Ministerpräsident zu führen.“³⁴

An dieser Stelle war noch nicht die Rede von der Errichtung eines eigenen Unterrichtsministeriums, aber schon in der darauffolgenden und zugleich letzten Sitzung der Staatskonferenz wurde darüber nachgedacht.

Der neue Innenminister Freiherr v. Pillersdorf³⁵ „hätte insbesondere in Erwägung zu ziehen, in welcher Art und Weise das Polizei- und Studienwesen mit dem Ministerium des Inneren zu vereinbaren sei, oder ob es nicht rätlicher sein dürfte, ein eigenes Ministerium des Kultus und des öffentlichen Unterrichts zu kreieren.“³⁶

Letztlich wurde doch ein eigenes Ministerium des öffentlichen Unterrichts geschaffen, in welchem die bis dato verantwortliche Studienhofkommission aufgehen sollte. Damit sollte den Studenten klar gezeigt werden, dass ihren Angelegenheiten Rechnung getragen wird. Die Petitionen, in denen eine allgemeine Verbesserung der Bildungssituation verlangt wurde, schienen fürs Erste gefruchtet zu haben. Am 24. März 1848 konnte die Bevölkerung in der Wiener Zeitung lesen:

³² Ebd.

³³ Ebd.

³⁴ II. Staatskonferenz, Wien, 17. März 1848, in: Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848–1867, Abteilung I: Die Ministerien des Revolutionsjahres 1848 (20. März 1848–21. November 1848), hrsg. v. Kommission für die Geschichte der Habsburgermonarchie an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, bearbeitet v. Thomas Kleťečka, Wien 1996, S. 654.

³⁵ Franz Freiherr von Pillersdorf (geb. 1. März 1786 in Brünn; gest. 22. Februar 1862 in Wien) studierte Staats- und Rechtswissenschaften und war ein österreichischer Staatsmann.

³⁶ III. Staatskonferenz, Wien, 20. März 1848, in: Die Protokolle, S. 656.

„In der Absicht, die Verbreitung und Vervollkommnung des Volks-Unterrichtes, so wie die vollständigere Entwicklung wissenschaftlicher, technischer und artistischer Studien zu befördern, haben Se. Majestät der Kaiser die Errichtung eines eigenen Ministeriums des öffentlichen Unterrichts zu beschließen geruhet.“³⁷

Am Vortag war der Erlass dazu erfolgt. Darin stand auch, dass „Seine Majestät“ „mit Allerhöchster Entschließung vom 27. März 1848 den zweyten Präsidenten des niederösterreichischen Appellations-Gerichtes, Freyherrn von Sommaruga zum Minister des öffentlichen Unterrichts zu ernennen geruhet“³⁸ haben.

Wer war dieser Sommaruga? Der aus einem lombardischen Adelsgeschlecht entstammende Franz Freiherr von Sommaruga wurde im Jahre 1780 in Wien geboren. Nachdem er Jura studiert hatte, erlangte er die Professur im kanonischen und bürgerlichen Recht. Der umfassend humanistisch gebildete Rechtsgelehrte war durch die „Gabe eines gediegenen Vortrages zum Lehrer der Jugend wie Wenige berufen, und dieser Beruf wurde auch von den damaligen Leitern des Unterrichtswesens erkannt [...]“³⁹. Im Jahre 1806 erteilte ihn der Ruf auf einen Lehrstuhl in Lemberg. Wegen seiner hervorragenden Qualitäten als Lehrer entschloss sich Kaiser Franz, ihn als Erzieher für seine Söhne heranzuziehen. Nach Ausübung dieser Tätigkeit kehrte er wieder in die Justiz zurück. Unter anderem war er am „Obersten Gerichtshofe“⁴⁰, in der „Hof-Commission in Justizsachen“⁴¹ und in der „Justiz-Section des k.k. Staatsrathes“⁴², wo er entscheidend an der Ausarbeitung von Gesetzen mitwirkte, beschäftigt. Ins Alter gekommen, zog er es vor, den Posten im Staatsrat gegen ein „gemütlicheres“ Richteramt einzutauschen. Er wurde zweiter Präsident des niederösterreichischen Appellationsgerichtes.⁴³

Warum wurde der 68-jährige Sommaruga mit dem Unterrichtsressort betraut? Der Akt zur Ernennung gibt keinerlei Aufschluss darüber.⁴⁴ Nahe liegend ist, dass er durch seine Tätigkeit als Erzieher der Söhne des Kaisers Franz I. und wegen seiner politischen Einstellung, die teilweise mit den liberalen Ideen der Aufständischen d'accord ging, zum Zug kam. Er war seit 1841 Vorstandsmitglied im „Juridisch-politischen Lese-

³⁷ *Wiener Zeitung*, Nr. 84, 24. März 1848, S. 385.

³⁸ Erlaß [sic!] des k.k. Ministeriums des Inneren vom 23. März 1848, an sämtliche Länderstellen, zit. nach Engelbrecht, *Geschichte*, S. 515.

³⁹ Constantin von Wurzbach, Franz Sommaruga, in: *Biographisches Lexikon des Kaiserthums Österreich*, Bd. 35, Wien 1877, S. 276–279, hier 276f.

⁴⁰ Ebd., S. 278.

⁴¹ Ebd.

⁴² Ebd.

⁴³ Zu kompletten Abschnitt über Sommaruga ebenda S. 276–279.

⁴⁴ Musil, *Zur Geschichte des österreichischen Unterrichtsministeriums 1848–1948*, in: *100 Jahre Unterrichtsministerium 1848–1948. Festschrift des Bundesministeriums für Unterricht in Wien*, hrsg. v. Egon Lobenstein, Wien 1948, S. 7–14, hier S. 9.

verein“.⁴⁵ In dieser Gesellschaft waren zahlreiche renommierte Juristen und Staatsbedienstete. Unter anderem wurde dort Literatur aus dem In- und Ausland gelesen, welche die Zensur nicht passierte. Diese Vereine waren in den Augen der Obrigkeit revolutionäre Katalysatoren: eine „Pflanzschule für die Zwecke der Propaganda“⁴⁶. Die Regierung wollte sich wahrscheinlich durch die Ernennung eines Mannes dieses Formats bei der unzufriedenen Öffentlichkeit beliebt machen.⁴⁷ Auf der anderen Seite darf nicht in Vergessenheit geraten, dass Sommaruga auch Hofrat in der Staatskonferenz war und dadurch genauso ein Teil des alten Systems, das ihm Vertrauen schenkte.⁴⁸ Außerdem arbeitete er seit 1845 in der Studienhofkommission, der Vorgängerin des Unterrichtsministeriums, mit.⁴⁹ Dort hatte war ein Arbeitsausschuss eingerichtet worden, der sich mit Überlegungen zu einer Unterrichtsreform und deren Planung auseinandersetzen sollte. Obwohl also schon seit den 1840er Jahren in der Studienhofkommission eine Umstrukturierung der Universitäten und im Schulwesen in Erwägung gezogen wurde, brachten erst die revolutionären Ereignisse den zur Umsetzung nötigen Druck. In diesem Ausschuss waren noch andere bekannte Namen der späteren Bildungsreform vertreten: Der Philosophieprofessor Franz Exner⁵⁰ aus Prag und der Vizedirektor an der medizinischen Fakultät in Wien, Ernst Freiherr von Feuchtersleben⁵¹.⁵² Oder sollte Sommaruga vielleicht dieses Amt bekleiden, weil er selbst an den Universitäten Wien und Lemberg als Dozent gewirkt hat und deshalb praktische Erfahrung mit dem Hochschulbetrieb hatte? Friedrich Walter schreibt jedenfalls, dass Sommaruga „aus seiner richterlichen Laufbahn keinerlei fachlichen Kenntnisse für sein neues Amt mitbrachte“⁵³ und seine Berufung deshalb rein politische Ursachen gehabt hätte.

Ein Grund warum auch aus den Staatskonferenz- bzw. Ministerratsprotokollen nichts darüber hervorgeht, weshalb Sommaruga für das Bildungsministerium in Frage käme, könnte die geringe Bedeutung sein, die dem Unterrichtsministerium im Vergleich zu den anderen Ministerien beigemessen wurde. Dies zeigt sich schon in der beschriebenen Debatte, ob überhaupt ein eigenes Ministerium eingerichtet werden sollte. Im historischen Kontext betrachtet, ist die geringe Bedeutung durchaus verständlich, zumal schon die Studienhofkommission den übrigen Verwaltungsstellen rechtlich nicht

⁴⁵ Rumpler, Chance, S. 274.

⁴⁶ Wilhelm Brauneder, Leseverein und Rechtskultur. Der juristisch-politische Leseverein zu Wien 1840 bis 1990, Wien 1992, S. 150.

⁴⁷ Walter, Zentralverwaltung, S. 7.

⁴⁸ Rumpler, Chance, S. 274.

⁴⁹ Ebd., S. 334.

⁵⁰ Franz Serafin Exner (geb. 28. August 1802 in Wien; gest. 21. Juni 1853 in Padua) war Professor der Philosophie und bedeutender Universitäts- und Schulreformer.

⁵¹ Ernst Maria Johann Karl Freiherr von Feuchtersleben (geb. 29. April 1806 in Wien; gest. 3. September 1849 ebenda) war ein österreichischer Philosoph; er arbeitete als Arzt, Lyriker und Essayist.

⁵² Rumpler, Chance, S. 334.

⁵³ Walter, Zentralverwaltung, S. 8.

ebenbürtig war und immer eine untergeordnete Rolle spielte.⁵⁴ Indizien für diese Annahme finden sich beim Studium der Ministerratsprotokolle der Jahre 1848 bis 1849 häufig. Als Schlüsselressorts galten Krieg, Inneres, Äußeres, Finanzen und Justiz. Sie waren ja auch vor den neuen Ministerien die Zentralstellen im Staat. Und nach wie vor sind in der politischen und öffentlichen Wahrnehmung dieselben ministeriellen Geschäftsbereiche, ausgenommen Krieg bzw. mittlerweile Verteidigung, die bedeutendsten in Österreich.

In einer Rede Sommarugas vor den Studenten der Wiener Universität am 30. März 1848 wird das Programm deutlich, auf welchem die zu initiiierende Reform basieren sollte. Die Forderungen der Studenten auf dem Bildungssektor scheinen Gehör gefunden zu haben:

„In allen Zweigen der Volksbildung wird zu Umgestaltung geschritten werden. Besonnenheit und weise Erwägung muß diese Umgestaltung entwerfen und durchführen. Wir wollen ein Gebäude aufführen von fester Dauer, ähnlich – so sehr es nur immer die Verhältnisse des Vaterlandes gestatten – jener blühenden Hochschulen Deutschlands, die wir als Vorbilder gründlicher wissenschaftlicher Ausbildung verehren. Lern- und Lehrfreiheit, durch keine Schranke als jene constitutioneller Gesetze gebunden, wird ihre Grundlage sein.“⁵⁵

Das zentrale Anliegen des Ministeriums Sommaruga war die Neugestaltung des antiquierten universitären Bereichs. Am 5. April holte er zahlreiche Fachmänner an Bord, um den Vorsätzen Taten folgen zu lassen.⁵⁶ Es handelte sich dabei durchwegs um kreative Köpfe mit frischen, modernen Ideen – allesamt talentierte Universitätsprofessoren. Die zwei wichtigsten Namen darunter, die im weiteren Verlauf der Reform immer wieder hervortreten und die auch an höheren politischen Positionen im Ministerium zu finden sein werden, sind Feuchtersleben und Exner. Letzterer war Philosophieprofessor in Prag und wie bereits erwähnt schon in der Studienhofkommission maßgeblich an Reformplänen beteiligt. Exner war ein glühender Verehrer des humboldtschen Reformwerks und 1848 sicherlich als fortschrittlicher Liberaler zu bezeichnen.⁵⁷ Es ist gewiss nicht falsch, ihn als den wahren Vater der künftigen Reform zu bezeichnen, denn er war im Ministerium die federführende Kraft bei den Entwürfen und Plänen, die dann auf höherer politischer Ebene umgesetzt wurden. Auf Feuchtersleben wird an späterer Stelle noch eingegangen.

⁵⁴ Engelbrecht, S. 515.

⁵⁵ Rede des Unterrichtsministers Franz Freiherr von Sommaruga in der Aula der Wiener Universität am 30. März 1848, zit. nach Engelbrecht, Geschichte, S. 516.

⁵⁶ Meister, Entwicklung, S. 69f.

⁵⁷ Für biographische Information siehe Constantin von Wurzbach, Franz Exner, in: Biographisches Lexikon des Kaiserthums Österreich, Bd. 4, Wien 1858, S. 115–122, hier S. 115f.

Die Berufung jenes fähigen Personenkreises wird in der Literatur als die größte Leistung Sommarugas gewertet. Der Exaktheit wegen soll hier nicht unterschlagen werden, dass die Studienhofkommission das letzte Mal am 29. April tagte und erst ab diesem Zeitpunkt wurde sie vom im Aufbau begriffenen Bildungsministerium absorbiert.⁵⁸ Damit war der Wandel von Studienhofkommission zu Unterrichtsministerium komplett vollzogen. Bis dahin war Sommaruga zwar schon de jure Unterrichtsminister, aber de facto eigentlich nur der neue Leiter der Studienhofkommission gewesen.

IV. Das Unterrichtsministerium in den Kabinetten Kolowrat, Ficquelmont und Pillersdorf

Das provisorische Ministerium Kolowrat⁵⁹ begann schon kurz nach seiner Installation auseinander zu bröckeln. Die Ministerposten hatten in die Jahre gekommene Herren inne, welche im „alten“ System ihre Sozialisierungen erfahren hatten und noch immer darin verhaftet waren. Allesamt waren sie Träger des vormärzlichen Staates gewesen, der von der Revolution beseitigt werden wollte und in welchem gerade sie die höchsten Regierungsämter besetzten. Neben Sommaruga konnte nur der ehemalige Leiter der Vereinigten Hofkanzlei, Innenminister Pillersdorf, als nicht erkonservativ eingestuft werden.⁶⁰

Einigen von ihnen ermangelte es bereits an einer soliden gesundheitlichen Konstitution. Zugegeben, auch für ein jüngeres Kabinett hätte die Erledigung der gestellten Aufgaben eine kaum zu bewältigende Herausforderung bedeutet. Den Auftakt im Rücktrittsreigen machte der provisorische Ministerpräsident Graf Kolowrat selbst. Der 71-jährige erklärte am 17. April, also nicht einmal ein Monat nach seiner Bestellung, er habe sich in einer über fünfzig Jahre andauernden Dienstzeit dermaßen verausgabt, dass er den Anforderungen seines Amtes nicht mehr gewachsen sei.⁶¹ Sein provisorischer Nachfolger wurde Außenminister Graf Ficquelmont⁶², der das Ressort der äußeren Angelegenheiten aber dennoch beibehielt. Schon am übernächsten Tag nach der Neubesetzung der Präsidentialstelle reichte Justizminister Graf Taaffe⁶³ sein

⁵⁸ Musil, Zur Geschichte, S. 9.

⁵⁹ Graf Franz Anton von Kolowrat-Liebsteinsky (geb. 31. Januar 1778 in Prag; gest. 4. April 1861 in Wien) war Mitglied der Staatskonferenz, er galt als gemäßigt liberaler Staatsmann.

⁶⁰ Walter, Zentralverwaltung, S. 6ff; Stefan Lippert, Felix Fürst zu Schwarzenberg. Eine politische Biographie, Stuttgart 1998, S. 119.

⁶¹ Walter, Zentralverwaltung, S. 17.

⁶² Karl Ludwig Graf von Ficquelmont (geb. 23. März 1777 auf Schloss Dieuze bei Nancy; gest. 7. April 1857 in Venedig) war General und Staatsmann.

⁶³ Eduard Graf Taaffe (geb. 24. Februar 1833 in Wien; gest. 29. November 1895 in Ellischau, Böhmen) war ein österreichischer Staatsmann, der zudem das Amt des Landespräsidenten in Salzburg, Oberösterreich und Tirol bekleidete. Er machte sich als konservativer Sozialreformer einen Namen.

Rücktrittsgesuch ein. Aus dem Ministerratsprotokoll des 19. April ergeht folgende Erklärung:

„Als er [Taaffe] nämlich das ihm von der Ah. Gnade anvertraute Amt eines Justizministers übernahm, hielt er sich für muthig genug, die Beschwerden und Angriffe, die ihn erwarteten, durch längere Zeit zu besiegen. Allein seine in der letzten Zeit herabgesunkene Gesundheit setzt ihn außer Stande, die fortgesetzten Verunglimpfungen der Presse und die Störung durch die Gassen- tumulte fernerhin zu ertragen. So habe er die verflossene Nacht um 12 Uhr in seiner Wohnung das Stürmen des Haustores, das Einwerfen der Fenster und die Katzenmusik bestehen müssen, was für seine Familie noch mehr als für ihn betrübend gewesen sei. Daher habe er Sr. Majestät das mündliche Ansuchen gemacht, die Ministerstelle niederlegen zu dürfen. [...] er müsse doch dringend um die Abnahme des Departements, wäre es auch nur interimial, wozu vielleicht der Minister des Unterrichts sich herbeilassen würde, bitten, umso mehr, als er auch von einer sich nennenden ständischen Deputation beleidigende Zumutungen erfahren habe. Se. Majestät hätten ihm erlaubt und aufgetragen, im Ministerrate einen Vorschlag für seinen Nachfolger zu machen, was durch die Bezeichnung des Baron Sommaruga und des Vizeministerpräsidenten Baron Gärtner in Erfüllung brächte.“⁶⁴

Noch in derselben Sitzung des Ministerrates wurde das Justizministerium interimistisch Sommaruga übertragen. Am nächsten Tag schon wurde darüber verhandelt, ihn fix auf diesem Posten zu belassen und das Gremium machte ihm das Angebot dafür. Er nahm dazu Stellung und erklärte, dass

„[...] nachdem er seine Kräfte zur Versehung des für ihn ungleich schwierigeren Postens eines Unterrichtsministers, Sr Majestät zur Disposition gestellt habe, er um so bereitwilliger [...] die Funktion eines Justizministers auf sich nehmen würde, da die juridischen Laufbahn sowohl durch szientifische Vorbildung als durch als durch vieljährige praktische Dienstleistung sein eigentlicher Beruf sei, während er sich im Unterrichtswesen zum Teil wie in einem fremden Element bewege.“⁶⁵

Sommaruga fügte im gleichen Atemzug noch hinzu, dass er „für den Fall seines künftigen gänzlichen Ausscheidens aus dem Ministerium“⁶⁶ die Rückkehr zu seinem vorigen Posten als zweiter Präsident des Appellationsgerichtes gesichert haben wollte. In dieser „Absicherungs-Klausel“ wird erneut die ungewisse Lage in jenem Sturmjahr und die damit verbundene Instabilität des gesamten Kabinetts ersichtlich. Vielleicht

⁶⁴ Protokoll des Ministerrates Nr. 15, Wien, 19. April 1848, in: Die Protokolle, S. 84.

⁶⁵ Protokoll des Ministerrates Nr. 16, Wien, 20. März 1848, in: Die Protokolle, S. 88.

⁶⁶ Ebd., S. 89.

spielte Sommaruga auch schon zu diesem Zeitpunkt, wie viele seiner Kollegen, mit dem Gedanken an einen Rücktritt oder befürchtete den Sturz der Regierung? Er hatte sich ja ein Jahr zuvor bewusst aus den höheren staatlichen Funktionen zurückgezogen, um am Appellationsgericht ein ruhigeres Richteramt zu versehen. Schließlich zählte er damals schon 67 Lenze. Inzwischen war er noch älter geworden und befand sich wieder an einer leitenden Stelle, ausgerechnet in einer Zeit voller Wirrnisse, einer Zeit des Umbruchs, die äußerst schwierige Aufgaben, verbunden mit sehr viel Arbeit, verhiess.

Wie aus dem vorigen Zitat hervorgeht, nahm Sommaruga das ihm zugedachte Amt an. Die Frage der Wiederbesetzung des Justizportefeuilles war damit geklärt, aber wer sollte nun Unterrichtsminister werden?

Innenminister Baron Pillersdorf bot sich in derselben Sitzung dafür an. Er legte dar,

„dass er es dankbar als einen Beweis der Ah. Gnade ansehen [würde], wenn ihm dieses Ministerium unter gleichzeitiger Enthebung vom Ministerium des Inneren übertragen würde. Er habe im bisherigen Laufe seiner Gestion die Überzeugung gewonnen, daß ihm die physische und moralische Kraft gebreche, um den vielfachen und dringenden Anforderungen an den Leiter des Ministeriums des Inneren nur einigermassen genügend entsprechen.“⁶⁷

Er hätte auch schon einen geeigneten Nachfolger parat: Albert Graf Montecuccoli⁶⁸, ein Mann, der über reichlich Erfahrung, die nötige Intelligenz sowie – im Gegensatz zu Pillersdorf – über ein „kräftige[s] Mannesalter“⁶⁹ verfüge.

„Baron Pillersdorf würde durch Übernahme des Unterrichtswesens zu einem Fache zurückkehren, das er immer mit Liebe gepflegt habe [...]“⁷⁰ Selbstverständlich erkläre er sich bereit, dem zukünftigen Innenminister am Anfang seiner neuen Aufgabe tatkräftig zur Seite zu stehen.⁷¹ Der übrige Ministerrat erkannte die schwierige Aufgabe, die Pillersdorf mit dem Innenministerium zum Teil hatte, und die missliche Lage, in die er durch die momentanen Verhältnisse versetzt war. Die Kollegen gaben aber zu bedenken, dass ein Wechsel in dieser kritischen Situation des konstitutionellen Staatsumbaus äußerst schädlich sei. Es wurde Pillersdorf nahe gelegt, zu einem späteren, günstigeren Zeitpunkt sein Ressort zu tauschen und Montecuccoli in der Zwischenzeit das Unterrichtsministerium anzuvertrauen.⁷² Pillersdorf konnte sich trotz

⁶⁷ Protokoll des Ministerrates Nr. 16, Wien, 20. März 1848, in: Die Protokolle, S. 89.

⁶⁸ Albert Raimund Zeno Graf Montecuccoli (geb. 1. Juli 1802 in Wien; gest. 19. August 1852 ebenda) war ein österreichischer Staatsmann. Er entstammte einer oberitalienischen Familie und trat nach dem Studium in den Staatsdienst ein. Für weitere biographische Information siehe: Constantin von Wurzbach, Albert Montecuccoli, in: Biographisches Lexikon des Kaiserthums Österreich, Bd. 19, Wien 1869, S. 41–50.

⁶⁹ Protokoll des Ministerrates Nr. 16, Wien, 20. März 1848, in: Die Protokolle, S. 89.

⁷⁰ Ebd.

⁷¹ Ebd.

⁷² Ebd., S. 89f.

weiteren Beharrens mit seinem Wunsch nicht durchsetzen. Aus diesen Forderungen Pillersdorfs wird wiederum deutlich, dass das Unterrichtsministerium als ein im Vergleich zum Innenministerium leichter zu bewältigendes Amt aufgefasst wurde, was auch der Realität entsprochen haben dürfte. Abermals zeigt ein in derselben Ministerratssitzung kundgetanes Rücktrittsgesuch, und zwar des Kriegsministers Zanini⁷³, das im Gegensatz zu Pillersdorfs Bemühungen erfolgreich war, wie turbulent jene Zeit sich gestaltete und wie wenig begehrt die Ministerposten waren.

Es wurde schließlich kein neuer Bildungsminister ernannt und die interimistische Betreuung oblag vorerst noch dem bisherigen Amtsinhaber Sommaruga. Er hatte von da an das Justiz- sowie das Bildungsressort über. Da letzteres erst im Aufbau begriffen war, war er mit diesem ausgedehnten Aufgabenbereich überlastet.⁷⁴ Um diesen unbefriedigenden Zustand zu beseitigen, sollte so schnell wie möglich ein neuer Unterrichtsminister gefunden werden. Im Ministerrat vom 7. Mai 1848 wurde das Thema wieder aufgegriffen. Ein Slawe, genauer gesagt ein Tscheche, sollte neuer Unterrichtsminister werden. Dadurch verhoffte man sich in dem herrschenden nationalen Klima die Tschechen dem Gesamtstaat gegenüber gnädig stimmen zu können. Böhmen, „dieß große und wichtige Reich“⁷⁵ solle „seine Interessen hinreichend vertreten sehe[n]“. Es wurde beschlossen, das Ressort dem „gelehrten Geschichtsschreiber“⁷⁶ Franz Palacky⁷⁷ zu offerieren, der „als Schriftsteller und eifriger Vertreter der böhmischen Interessen unter seinen Landsleuten hohes Vertrauen und Achtung erworben habe, so wie ihm dieses auch in der ganzen gebildeten Welt zuerkannt werde“⁷⁸. Der Historiker wurde nach Wien gebeten, wo er dann mit dem neuen provisorischen Kabinettschef Pillersdorf – der vormalige Ministerpräsident Ficquelmont war aufgrund von öffentlichen Protesten gegen seine Person zurückgetreten⁷⁹ – darüber in Verhandlung trat.⁸⁰ Die Sitzung des 9. Mai wurde mit der „Bitte des zum Unterrichtsminister bestimmten Anton (sic!) [gemeint ist Franz] Palacky um eine Bedenkzeit bis morgen“⁸¹ eröffnet. Schon am nächsten Tag musste der Vorsitzende des Ministerrates, Pillersdorf, eine Absage verkünden. Palacky habe in einem Brief

⁷³ Peter Zanini (geb. 1786 in Stein in Niederösterreich, gest. 11. September 1855 in Wien) war Feldmarschalleutnant und Kriegsminister im Jahre 1848. Für weitere biographische Information siehe: Constantin von Wurzbach, Peter Zanini, in: Biographisches Lexikon des Kaiserthums Österreich, Bd. 59/60, Wien 1890, S. 167f.

⁷⁴ Walter, Zentralverwaltung, S. 76.

⁷⁵ Protokoll des Ministerrates Nr. 30, Wien, 7. Mai 1848, in: Die Protokolle, S. 176.

⁷⁶ Ebd.

⁷⁷ Tschechisch: František Palacký (geb. 14. Juni 1798 in Hodslavice; gest. 26. Mai 1876 in Prag).

⁷⁸ Protokoll des Ministerrates Nr. 30, Wien, 7. Mai 1848, in: Die Protokolle, S. 176f.

⁷⁹ Walter, Zentralverwaltung, S. 69.

⁸⁰ Die Protokolle, S. 183, Anm. 2.

⁸¹ Protokoll des Ministerrates Nr. 32, Wien, 9. Mai 1848, in: Die Protokolle, S. 183.

„die Erklärung abgegeben, daß er durch die Ah. Gnade und das Vertrauen sich sehr gerührt fühle, ebenso aber offen bekennen müsse, daß er in dem gegenwärtigen Momente die Übernahme des Ministeriums für das allgemeine nicht nutzbringend ansehen könne und deshalb sich für verpflichtet erachte, die Bitte zu stellen, es von dieser Ernennung [...] abkommen zu lassen. Damit glaube er dem Staate und Ew. Majestät einen besseren Dienst zu leisten, als mit seinem Eintritte, wo seine Wirksamkeit sich nicht vollkommen bewähren dürfte.“⁸²

Dies war ein herber Schlag, denn man war sich der Zusage sicher gewesen. Der Kaiser hatte das Handschreiben zur Ernennung bereits unterzeichnet gehabt und es sollte noch pro forma bis zur endgültigen Zusage unter Verschluss gehalten werden.⁸³ Wahrscheinlich um die für Pillersdorf daraufhin entstandenen Peinlichkeiten zu schmälern, entschärfte er das Absageschreiben Palackys in seiner Widergabe vor dem Kabinett. Tatsächlich fand sich in dem Brief Palackys keines der milden Worte, die dem Ministerrat serviert worden waren. Mit aller Klar- und Direktheit legte er seine Gründe unverblümt dar. Das Schreiben glich einem liberalistischen und austroslawistischen Manifest:

„Er habe keinen anderen Ehrgeiz als den, ein ehrlicher Mann zu sein. Ehrlichkeit fordere aber vor allem Offenheit und Rückhaltlosigkeit [...]. Solle er Minister sein, so müsse er vor allem darauf Bedacht nehmen, ob [...] sein politisches Glaubensbekenntnis der einzunehmenden Stellung angemessen sei.“⁸⁴

Und er legte seine Überzeugung dar:

„Ich bin ein entschiedener Liberaler, d.i. ich dringe darauf, dass im gesamten Volksleben fortan die Freiheit das oberste Gesetz die Regel bilde; ich will jedoch diese Freiheit in der Art, daß sie nie eine kräftige Regierung nicht nur nicht ausschließe, sondern vielmehr begründen und befestigen helfe“⁸⁵.

Weiters forderte er darin noch, und zwar in einem ausgesprochen harschen Ton, die Gleichstellung der tschechischen Nation mit den anderen der Monarchie und eine Föderalisierung des Habsburgerreiches mit größtmöglicher Autonomie der einzelnen Länder. Er erkannte auch, dass die Tschechen auf die Habsburgermonarchie genauso angewiesen wären, wie die Habsburgermonarchie auf sie. Palacky war der Überzeugung, dass die tschechischsprachigen Böhmen in einem womöglich künftig geeinigten Deutschland niemals einen sicheren Platz finden könnten. Er war sich aber auch bewusst, dass keine europäische Großmacht an einem souveränen tschechischen

⁸² Protokoll des Ministerrates Nr. 33, Wien, 10. Mai 1848, in: Die Protokolle, S. 197.

⁸³ Walter, Zentralverwaltung, S. 76.

⁸⁴ Schreiben von Palacky, 10. März 1848, zit. nach Walter, Zentralverwaltung, S. 77.

⁸⁵ Ebd.

Staat Gefallen finden würde. Aus diesem Grund war Palacky ein Anhänger der Idee, Österreich in ein föderatives Reich umzubauen, wo die kleinen slawischen Nationen Unterschlupf finden würden.⁸⁶

Die demonstrative Ablehnung wird aber erst in Anbetracht der unmittelbaren Vorgeschichte richtig verständlich. Palacky, der heutzutage noch als tschechischer Nationalheld verehrt wird, war gekränkt durch den Verfassungsentwurf Pillersdorfs. Das als „Verfassung des österreichischen Kaiserstaates“ am 25. April präsentierte Dokument, sollte den Wunsch der aufgebrachten Bevölkerung nach einer Konstitution so schnell wie möglich befriedigen.⁸⁷ Der springende Punkt war nun der, dass den Böhmen vorher eine eigene Verwaltung zugesichert worden war und den Ungarn sogar eine eigene Verfassung.⁸⁸ Die Regierung hielt sich aber nicht an die den Böhmen gemachte Zusage, denn die neue Verfassung galt für den gesamten Staat mit Ausnahme der Länder der ungarischen Krone und Lombardo-Venetiens. Sie hatte den Magyaren also ihre weitreichenden Forderungen erfüllt, den Böhmen aber ihre vergleichsweise bescheidenen Anliegen nicht.

Auf jeden Fall war die Neubesetzung des Unterrichtsministeriums damit auf unbestimmte Zeit vertagt und Sommaruga musste weiterhin mit der Doppelbelastung leben.

Die überhastig ausgearbeitete Verfassungsurkunde war für viele eine herbe Enttäuschung und gab der Revolution neuen Zündstoff. Was die Menschen vor allem empörte, war das Wahlgesetz für den von der Bevölkerung geforderten und vom Kaiser in Aussicht gestellten Reichstag. Das beschlossene Zensus-Wahlrecht hätte großen Teilen der Bürger keine Möglichkeit zur Wahl der Mitglieder des zukünftigen Parlaments gegeben.⁸⁹ Die Revolution erhob sich von neuem und war Mitte Mai auf ihrem Höhepunkt angelangt. Die Bevölkerung, ihnen voran die Studenten, war wieder auf den Barrikaden. Das schwache Kabinett musste den demokratischen Forderungen, unter anderen nach dem „allgemeinen Wahlrecht“ und einem Einkammerparlament, nachgeben.⁹⁰ Infolge resignierte das Ministerium Pillersdorf und legte dem Kaiser dar, die letzten Vorkommnisse hätten

„die Kraft und die Mittel gelähmt, wodurch ihre Dienste der Krone zur Stütze dienen konnten; ihr Pflichtgefühl habe ihnen daher die unabänderliche Nothwendigkeit auferlegt, die ihnen anvertrauten Ministerien in die Hände Seiner Majestät niederzulegen, um den Monarchen in den Stand zu setzen, sich

⁸⁶ Näheres dazu bietet: Jiri Koralka, *Tschechen im Habsburgerreich und in Europa. Sozialgeschichtliche Zusammenhänge der neuzeitlichen Nationsbildung und der Nationalitätenfrage in den böhmischen Ländern*, Wien 1991, S. 49–70.

⁸⁷ Endres, *Revolution*, S. 96–104.

⁸⁸ Rumpler, *Chance*, S. 280.

⁸⁹ Endres, *Revolution*, S. 97 f.

⁹⁰ Ebd., S. 103f.

mit Räten zu umgeben, welche sich einer allgemeinen und künftigen Unterstützung erfreuten“⁹¹.

Das Kabinett Pillesdorf erklärte sich aber geschlossen bereit, seinen Posten nicht zu verlassen, bis neue Minister gefunden wären.⁹² Der Hof, mitsamt Kaiser, flüchtete vor dieser neuen Revolutionswelle nach Innsbruck. Es wurde dem galizischen Gouverneur Graf Stadion⁹³ der Vorsitz in einem neuen Ministerium vorgeschlagen.⁹⁴ Dieser befand jedoch die Zeit noch nicht für reif genug, um eine Regierung der starken Hand zu bilden. Der unentschlossene Pillesdorf stand also weiterhin einem Ministerium vor, welches durch die Abwesenheit des Hofes in seiner Handlungsfähigkeit noch weiter eingeschränkt war. Wenn man die Ministerratsprotokolle dieser Zeit verfolgt, scheint es ums Bildungsministerium in diesem explosiven Klima ruhig geworden zu sein. Dem war aber nicht so. Es wurde eifrig an der Reform gebastelt und es erschienen einige Erlässe, die gravierende Modifikationen im Bildungswesen vorsahen; darauf hier näher einzugehen würde aber den Rahmen dieser Arbeit sprengen.⁹⁵ Im Ministerrat des 24. Mai erging noch ein Bescheid, der die Schließung der Wiener Universität, des Polytechnischen Instituts und der Akademie der bildenden Künste beschloss.⁹⁶ Das Ministerium wollte noch einmal versuchen die revolutionäre Kraft der Studenten zu brechen. Es wollte das mittlerweile wieder eingelebte gemäßigte Klima nützen, denn die Revolution hatte seit der Flucht des Kaisers an Intensität verloren. Ein Richtungsstreit war in der Opposition ausgebrochen. Die Protestbewegung wurde in zwei Lager geteilt. Die Studenten waren nunmehr zu den radikalen Rädelsführern des Aufstandes, zum Sprachrohr der Kleinbürger und Arbeiter avanciert und wollten mehr, vor allem mehr Demokratie. Die moderaten liberalen Elemente der Erhebung, das Großbürgertum, waren hingegen mit den bisherigen Ergebnissen bereits zufrieden; ihnen ging die Flucht des Kaisers zu weit. Sie wollten keinen Umsturz, „nur“ ein monarchisch-konstitutionelles Österreich. Ihre besitzbürgerlichen Interessen waren in dem bisherigen Großreich besser gewahrt als in kleinen Nationalstaaten.⁹⁷

Diese veränderte Grundstimmung gebrauchte nun die Regierung, um gegen die Studenten, welche bereits Sympathien eingebüßt hatten, vorzugehen. Sie schloss – wie gesagt – die Universität und wollte die Akademische Legion, den militärischen Arm der

⁹¹ Protokoll des Ministerrates Nr.39, Wien, 16. Mai 1848, in: Die Protokolle, S. 221.

⁹² Walter, Zentralverwaltung, S. 87.

⁹³ Franz Seraph Stadion, Graf von Warthausen und Thannhausen (geb. 27. Juli 1806 in Wien; gest. 8. Juni 1853 in Wien) war ein österreichischer Beamter und Politiker. Er galt als konservativer Reformator.

⁹⁴ Walter, Zentralverwaltung, S. 89, 125, 159, 165.

⁹⁵ Einen guten Überblick über die Reform bietet: Lentze, Die Universitätsreform, S. 28–39; und: Walter Goldinger, Die Zentralverwaltung in Cisleithanien – die zivile gemeinsame Zentralverwaltung, in: Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd.II: Verwaltung und Rechtswesen, hrsg. v. Adam Wandruszka, Peter Urbanitsch, S. 100–189, hier S. 130ff.

⁹⁶ Endres, Revolution, S. 100.

⁹⁷ Zur Lagerspaltung siehe Rumpler, Chance, S. 282, 284.

Studentenschaft, auflösen. Die Entschließung des Unterrichtsministeriums, aber vor allem die zu zögerlich angeordnete Verfügung über die gewaltsame Auflösung der Legion stieß auf wenig Gegenliebe, nicht nur bei den Studenten! Pillersdorf machte abermals einen Rückzieher und beließ die Legion, zu stark war ihr Widerstand und der ihrer zahlreichen Anhänger. Das unschlüssig und wankelmütig zwischen Revolution und Reaktion oszillierende, amtsmüde Kabinett – das ja eigentlich schon zurückgetreten war – geriet damit endgültig ins politische Abseits. Weder konnte es durch seine mangelnde Durchsetzungskraft die Reaktion und den Hof überzeugen, noch durch die bescheidene Reformfreudigkeit bei den „Liberalen“ brillieren. Der „Ausschuß der Bürger, Nationalgarde und Studenten Wiens für Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung und Wahrung der Rechte der Völker“, kurz „Sicherheitsausschuß“, diktierte von da an das in der Hofburg isolierte Ministerium. Es sollte noch bis zum 8. Juli dauern, bis ein Mann für die Bildung eines neuen Ministeriums gefunden war.⁹⁸

V. Das Unterrichtsministerium im Kabinett Wessenberg

Dr. Anton Freiherr von Doblhoff-Dier⁹⁹, der unter Pillersdorf Handelsminister gewesen war und als einziger Minister dem geflüchteten Hof nach Innsbruck nachgefolgt war, bekam den Auftrag zur neuen Regierungsbildung. Er errichtete ein Kabinett von „echten“, „vollblütigen“ Liberalen. Er selbst wurde schließlich Innenminister und provisorischer Bildungsminister, da der eigentlich dafür vorgesehene ehemalige Philosophieprofessor Exner ablehnte. Exner wollte sich in seiner Reformtätigkeit niemals durch die Versehung eines höheren politischen Amtes manipulieren lassen bzw. irgendwelchen Zwängen aussetzen. Er bemühte sich, seine Arbeit möglichst unabhängig und dadurch „rein“ zu verrichten. Als Mitarbeiter stand er dem Ministerium jedoch weiterhin zur Verfügung.¹⁰⁰ Dem Minister Doblhoff wurde Dr. Ernst Freiherr von Feuchtersleben, der frühere Vizedirektor der medizinisch-chirurgischen Studien an der Wiener Universität und nunmehrige Mitarbeiter im Unterrichtsministerium unter Sommaruga, als Unterstaatssekretär, der von da an de facto die Geschäfte im Unterrichtsministerium führte, beigelegt. Das Präsidium und das Außenministerium bekam Johann Philipp Freiherr von Wessenberg¹⁰¹, Alexander Freiherr von Bach¹⁰²

⁹⁸ Zu diesem Absatz siehe Endres, *Revolution*, S. 100–104; Heinrich Friedjung, *Österreich von 1848–1860*, Bd. 1: *Die Jahre der Revolution und der Reform 1848 bis 1851*, Stuttgart-Berlin 1908, S. 29.

⁹⁹ Anton Freiherr von Doblhoff-Dier (geb. 10. November 1800 in Görz; gest. 16. April 1872 in Wien) war ein österreichischer Politiker.

¹⁰⁰ Salomon Frankfurter, Graf Leo Thun-Hohenstein, Franz Exner und Hermann Bonitz. *Beiträge zur Geschichte der österreichischen Unterrichtsreform*, Wien 1893, S. 53.

¹⁰¹ Johann Philipp Freiherr von Wessenberg-Ampringen (geb. November 1773 in Dresden; gest. 1. August 1858 in Freiburg/Breisgau) war ein Staatsmann. Für weitere biographische Information siehe: Constantin von Wurzbach, *Johann Philipp Freiherr von Wessenberg-Ampringen*, in: *Biographisches Lexikon des Kaiserthums Österreich*, Bd. 55/56, Wien 1887, S. 161–169.

¹⁰² Alexander Freiherr von Bach (geb. 4. Jänner 1813 in Loosdorf, NÖ; gest. 12. November 1893 in Unterwaltersdorf, NÖ) war ein österreichischer Jurist und Politiker.

wurde Justizminister, Philipp Freiherr von Krauß¹⁰³ oblag weiterhin provisorisch das Finanzressort, der Geschäftsbereich des Krieges blieb ebenso bei Theodor Graf Baillet-Latour¹⁰⁴, Theodor Hornbostel¹⁰⁵ wurde Ackerbau, Handel und Gewerbe zugedacht und Ernst Schwarzer von Heldenstamm¹⁰⁶ nahm das Aufgabenfeld öffentliche Arbeiten an.¹⁰⁷ Am 18. Juli schließlich war das Ministerium fix konstituiert und da erschien in der Wiener Zeitung der erste Teil des „Entwurf[s] der Grundzüge des öffentlichen Unterrichtswesens in Oesterreich“. Es war quasi der Rechenschaftsbericht des an diesem Tag abgedankten Unterrichtsministeriums Sommaruga. Er trug ganz klar die Handschrift Exners.¹⁰⁸ Dieser fortschrittliche Entwurf war die „Roadmap“, nach der sich die zukünftige Reform, die unter dem Minister Thun endlich Gestalt annehmen sollte, orientierte. Feuchtersleben, selbst vom Reformgeist durchdrungen, nahm die Ideen Exners auf, und richtete sein Wirken nach den Reformplänen Exners aus, um „den begonnenen Bauplan im Sinne der öffentlichen Meinung und eigener Überzeugung zu vollenden“¹⁰⁹. Eine pathetische Rede vor Studenten gibt uns einen profunden Einblick in die Gesinnung Feuchterslebens. Er spricht über das Studium im Allgemeinen:

„Nicht durch Verordnungen von oben, nicht durch knechtischen Zwang kann Bildung erzielt werden – nur freie, selbstständige Tätigkeit nach aufwärts kann und wird sie erringen. Die großen Tage, die unserem Vaterland die Freiheit gegeben, mit deren Andenken auch das Ihre ewig fortleben wird, haben Sie aus Schülern zu akademischen Bürgern gemacht.“¹¹⁰

Weiters thematisiert er darin die akademische Legion und betont, dass sein Bereich ausschließlich die Wissenschaft sei und ihn die Legion nichts angehe. Beide Bereiche würden aber ungestört im Einklang weiter existieren und sich weiterentwickeln. Das neue Studienjahr werde beginnen, die Pforten der Universitäten würden wieder öffnen, es gelte nun, sie wieder würdig zu füllen und zu frequentieren. Damit spricht er die Vorkommnisse im Mai an, als die alte Regierung, die Universität geschlossen hatte und die akademische Legion auflösen hatte wollen.

¹⁰³ Philipp Freiherr von Krauß (geb. 28. März 1792 in Lemberg; gest. 26. Juni 1861 in Wien) war Sohn eines österreichischen Beamten und trat nach beendeten Rechtsstudien in den Staatsdienst ein.

¹⁰⁴ Theodor Graf Baillet de Latour (geb. 15. Juni 1780 in Linz; gest. 6. Oktober 1848 in Wien) war ein österreichischer Offizier und Politiker.

¹⁰⁵ Theodor Friedrich Hornbostel, ab 1860 von Hornbostel (geb. 29. Oktober 1815 in Wien; gest. 2. Juni 1888 in Wien) war als Seidenfabrikant und Politiker tätig.

¹⁰⁶ Ernst Schwarzer von Heldenstamm (geb. 15. oder 18. August 1808 in Fulnek in Mähren; gest. 18.03.1860) war unter anderem Redakteur und Verleger (Leiter der Allgemeinen Österreichischen Zeitung). Er wurde in das Frankfurter Parlament gewählt.

¹⁰⁷ Zur Bildung des Kabinetts Wessenberg siehe Walter, Zentralverwaltung, S. 182–185.

¹⁰⁸ Meister, Entwicklung, S. 91.

¹⁰⁹ Freiherr von Feuchtersleben, zit. nach Musil, Zur Geschichte, S. 11.

¹¹⁰ Ernst von Feuchtersleben, Pädagogische Schriften, Paderborn 1963, S. 108ff.

Feuchtersleben präsentiert sich in der Rede als ein idealistischer, den Studenten freundschaftlich und ausgesprochen hilfsbereit, ja großzügig gegenüberstehender Mensch, dem tatsächlich viel an der Universität und an Bildung allgemein zu liegen scheint und der Feuer und Flamme für den Fortschritt ist. So fährt er fort:

„Nicht als Vorstand im bürokratischen Sinne – als Vertreter Ihrer Interessen, als Freund und Teilnehmer spreche ich in Ihrer Mitte, und bitte Sie, gemeinschaftlich mit mir unsere – gemeinschaftliche Aufgabe zu lösen. Wie ich mich heute an Sie, so wenden auch Sie sich unmittelbar an mich – mit Wünschen, Fragen und Bestrebungen. Betrachten Sie das Ministerium des öffentlichen Unterrichts als das, was es ist: die Repräsentation der heiligsten Volksangelegenheit, der Bildung, der Wissenschaft.“¹¹¹

Seine Hymne auf die Solidarität mit den Studenten reißt auch danach noch nicht ab. Immer wieder wiederholt er die Vokabeln, welche Gemeinschaft und Zusammenarbeit beschwören. Mehrmals kommt die Aufforderung, mit jeglicher Sorge zu ihm zu kommen.

Im Gegensatz zu Sommaruga, der die Neugestaltung des gesamten Unterrichtswesen beabsichtigte, aber letztendlich entscheidenden politischen Weichenstellungen aus dem Weg ging oder auf später verschob, gingen die Bemühungen Feuchtersleben gerade davon aus. Er wollte das Verhältnis zwischen Schule und Staat sowie Schule und Kirche klar regeln. Außerdem war ihm viel an der Gleichberechtigung der verschiedenen Nationen und deren Sprachen im Unterrichtswesen gelegen.¹¹²

Seine liberale Einstellung sollte eigentlich – genauso wie diejenige der gleich bzw. ähnlich Gesinnten Kabinettsmitglieder – auf positive Resonanz in der Bevölkerung stoßen. Aber nicht mehr lange sollte Feuchtersleben die Gelegenheit beschieden sein, seine Tatkraft unter Beweis zu stellen. Am 22. Juli wurde der konstituierende Reichstag, das erste Parlament, in Wien eröffnet.¹¹³ Doch schon bald richtete sich die Revolution gegen ihre eigenen Kinder. Den radikal-demokratischen und meist auch zugleich nationalen Kreisen war der Reichstag zu weit – in modernem Jargon – nach rechts in eine gemäßigte Richtung gerutscht und ebenso die liberale Regierung.¹¹⁴ Die Regierung wollte ungern den Gesamtstaat und die Monarchie preisgeben, die meisten Radikalen schon; sie wollten sozialen Ausgleich und eine Demokratie. Anfang Oktober, nur zwei Monate nach Antritt des neuen Kabinetts, spitzte sich die Lage zu. Es kam soweit, dass Kriegsminister Latour von den aufgebracht Massen gelyncht wurde. Der Hof und der Großteil des Kabinetts flüchteten wieder und die Revolution wurde von

¹¹¹ Feuchtersleben, Pädagogische Schriften, S. 108ff.

¹¹² Meister, Entwicklung, S. 74f.

¹¹³ Rumpler, Chance, S. 283.

¹¹⁴ Ebd., S.284f.

den Truppen des Oberkommandanten der kaiserlichen Armee, Fürst Alfred Windisch-Graetz, wenig später gewaltsam niedergeschlagen. Auch der engagierte Unterstaatssekretär Feuchtersleben ging verstört aus Wien weg und reichte tief resigniert seinen Rücktritt ein. Der einzige Minister, der in Wien ausharrte und die Stellung hielt, war Finanzminister Krauß. Er verwaltete alleine alle Ministerien und war daher auch vom 11. Oktober bis zum 21. November 1848 provisorischer Unterrichtsminister. Der im September unter Feuchtersleben zum Ministerialrat und Leiter des Reformprojekts erhobene Exner verblieb ebenso in Wien und leitete die Geschäfte des Ministeriums.¹¹⁵ Die Bildung einer neuen Regierung war nötig geworden. Der alte, amtsmüde Ministerpräsident Wessenberg, der mit dem Hof nach Olmütz geflüchtet war, drängte darauf. Laut Krauß sollte in der prekären Lage erneut ein „volkstümliches Ministerium“¹¹⁶, das nur aus Liberalen bestehen konnte, installiert werden. Doch er wurde nicht gefragt, die Reaktion hatte andere Pläne, sie wollte dem revolutionären Treiben endgültig ein Ende setzen. Die „radikal-konservative“ Seite, ihr voran der einflussreiche ehemalige Hofkammerpräsident Carl Freiherr von Kübeck¹¹⁷, wollte Windischgraetz zum Diktator erheben. Dieser nahm den ihm angebotenen Titel jedoch nicht an; nichtsdestotrotz erhielt er aber quasi die Vollmachten eines Diktators. Schließlich brachte Windischgraetz, bestärkt durch Wessenberg, ein innenpolitisch weitgehend unbeschriebenes Blatt als Regierungschef ins Gespräch, Windischgraetz' Schwager Fürst Felix von Schwarzenberg^{118 119}.

VI. Das Unterrichtsministerium im Kabinett Schwarzenberg bis zur Ernennung Graf Leo Thun-Hohensteins

Fürst Felix von Schwarzenberg wurde am 19. Oktober vom habsburgischen Familienrat, vorerst noch inoffiziell, zum neuen Ministerpräsidenten und Außenminister ernannt.¹²⁰ Schwarzenberg war alles andere als liberal, aber dennoch wurde er von den konservativen Kräften als zu liberal angesehen. Verdächtig erschien, dass er den ihnen verhassten Reichstag nicht sofort auflöste, sondern nur vertagte. Der Diplomat Schwarzenberg war ein kluger Taktiker; er verstand es, sich einigermaßen liberal zu geben und erkannte, dass allein mit den erkonservativen Kräften kein Staat zu machen sei. In diesem Sinne schreibt er an seinen Schwager Windischgraetz:

¹¹⁵ Lentze, Die Universitätsreform, S. 31f.

¹¹⁶ Andreas Gottsmann, Der Reichstag von Kremsier und die Regierung Schwarzenberg, Wien-München 1995, S. 22.

¹¹⁷ Carl Friedrich Freiherr Kübeck von Kübau (geb. 1780 in Iglau/Mähren; gest. 11. September 1877).

¹¹⁸ Felix Prinz (genannt Fürst) zu Schwarzenberg (geb. 2. Oktober 1800 in Böhmisches Krumau; gest. 5. April 1852 in Wien) wirkte als österreichischer Staatsmann, Diplomat und Offizier.

¹¹⁹ Zu den Oktoberereignissen siehe: Gottsmann, Der Reichstag, S. 22–26; Endres, Revolution, S. 139–156.

¹²⁰ Rumpler, Chance, S. 307.

„Ich kenne in der Monarchie nicht 12 Männer unseres Standes, die unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen mit Nutzen im Oberhause Platz nehmen könnten [...]. Ich muß leider auf meiner Absicht beharren, daß von unserer Aristokratie als solcher nichts zu erwarten ist, und dass ich deshalb kein anderes Element des Widerstandes gegen die Revolution sehe als den Besitz.“¹²¹

Der reformkonservative Schwarzenberg stellte ein ausgewogenes Kabinett aus „reformistischen Konservativen, konservativen Liberalen und zentralistischen Bürokraten“¹²² zusammen. Innenminister wurde der vormalige Gouverneur von Galizien, Franz Graf Stadion, der sich noch als ausgesprochen liberaler Zentralist entpuppen sollte. Eigentlich hatte er Stadion überhaupt kein Ministeramt in Aussicht gestellt und dafür Bach vorgesehen, der im Begriff war eine Wandlung vom demokratischen Saulus zum monarchischen Paulus zu vollziehen.¹²³ Windischgraetz war aber dagegen, denn für ihn sollte er immer der radikale Revolutionär bleiben; er plädierte für Stadion. Schließlich einigten sie sich auf einen Kompromiss, Bach durfte weiterhin das Amt des Justizministers bekleiden. Der treu ausharrende Beamte Krauß sollte ebenso seinen Posten als Finanzminister beibehalten; der konstitutionell, aber monarchistisch eingestellte moderate Liberale war nicht unumstritten. Kübeck wäre eher in Frage gekommen, aber er war zu konservativ. Das Handelsressort sollte der weitsichtige, wirtschaftlich und technisch hoch gebildete evangelische Karl Ludwig Freiherr von Bruck¹²⁴ versehen. Für das Landeskultur- und Montanwesen zog Schwarzenberg den Reichstagsabgeordneten und Bergbauunternehmer Ferdinand Freiherr von Thinnfeld¹²⁵ heran, dieses Ministerium, das kurz „Ackerbauministerium“ genannt wurde, ersetzte das Ministerium für öffentliche Arbeit. Der Geschäftsbereich des Krieges wurde dem politisch unbedeutenden Generalmajor Franz Freiherr von Cordon¹²⁶ übertragen. Es sollte den hohen Militärs kein selbstbewusster, starker Minister vorgesetzt werden. Es blieb das Unterrichtsministerium: Exner weigerte sich nach wie vor Ministerwürden zu erlangen, also wurde der promovierte Jurist und Historiker Alexander von Helfert auserkoren. Helfert wurde 1820 in Prag geboren und erreichte schon im jungen Alter von 27 Jahren die Professorenwürde an der Universität Krakau. Ein Jahr danach durfte er als Delegierter in den österreichischen Reichstag einziehen. Genauso wie Leo Graf Thun war er ein Anhänger der Mittelpartei Stadions,

¹²¹ Schwarzenberg an Windisch-Graetz, 11. und 13. 2. 1849, zit. nach Gottsmann, Der Reichstag, S. 26, Anm. 57.

¹²² Rumpler, Chance, S. 305.

¹²³ Rudolf Kiszling, Fürst Felix zu Schwarzenberg. Der politische Lehrmeister Kaiser Franz Josephs, Graz-Köln 1952, S. 45–52.

¹²⁴ Karl Ludwig Bruck, seit 1844 Ritter von Bruck, seit 1849 Freiherr von Bruck (geb. 8. Oktober 1798 in Elberfeld, Rheinland; gest. 23. April 1860 in Wien).

¹²⁵ Ferdinand Joseph Johann Freiherr von Thinnfeld (geb. 24. April 1793 in Graz; gest. 8. April in Feistritz).

¹²⁶ Franz Freiherr von Cordon (geb. 1796 in Wien; gest. 1878).

aus welcher dann die „feudalen Konservativen“ hervorgingen.¹²⁷ Stadion soll es anscheinend auch gewesen sein, der ihn für den Posten ins Gespräch gebracht hatte.¹²⁸ Helfert wurde unbestritten als konservativ eingeschätzt und hatte sich im Kampf gegen die Revolution hervorgetan. Der gläubige Katholik weigerte sich aber in die Regierung einzutreten, jedoch erklärte er sich bald bereit, zumindest als Unterstaatssekretär für Bildungssahngelegenheiten zu fungieren und dem zurückgetretenen Feuchtersleben nachzufolgen.¹²⁹ Provisorischer Unterrichtsminister wurde der Innenminister, doch die Geschäfte führte Helfert. In der Bildungspolitik Helferts kam seine supranationale, föderalistische Haltung durch. Er setzte die Bestrebungen Feuchtersleben nach der Gleichstellung der Nationen im Bildungsbereich und der damit verbundenen Ausbildung in ihren Sprachen fort. In seine Wirkungszeit fällt auch die von Exner veranlasste Berufung des protestantischen preußischen Gymnasiallehrers und Altphilologie-Professors Hermann Bonitz¹³⁰, der den Organisationsentwurf der Gymnasien entscheidend mitgestalten sollte.¹³¹

Alle Posten im Ministerium waren mit moderaten Politikern besetzt. Stadion, Krauß, Bach, Thinnfeld und Bruck im liberalen Sinne, Helfert und Cordon im konservativen. Die Wahl der Regierungsmitglieder bestimmten in erster Linie ihre fachlichen Kompetenzen und erst in zweiter Linie politische Beweggründe.¹³²

Der Konservativismus Schwarzenbergs wollte ein einheitliches, starkes Österreich, das nicht auf einem feudalen Fundament stünde; er wollte einen modernen, reorganisierten Staat. Eine weitere Bedingung des Regierungsantritts Schwarzenbergs war der Thronwechsel. Der führungsschwache Kaiser Ferdinand dankte zugunsten seines Neffen Franz Joseph ab. Mit dem neuen Monarchen begann eine neue Ära. Ob der neue, jugendliche Kaiser schon zu diesem Zeitpunkt bewusst vorhatte, den Kurs des Neoabsolutismus einzuschlagen, darf bezweifelt werden. Auf jeden Fall setzte mit seiner Thronbesteigung und mit der Regierung ein Kurswechsel ein, der unter dem Slogan „Revolution von oben“ subsumiert werden kann.

Was passierte unterdessen im Bildungsministerium?

Helfert blieb auf dem von seinen Vorgängern eingeschlagenen Weg. Exner konnte seine Reformpläne nahtlos fortsetzen. In der Tat war der Einfluss Helferts beschränkt; Exner gab den Kurs vor. Worüber wurde im Ministerrat bezüglich des Bildungswesens diskutiert?

¹²⁷ Christoph Thienen-Adlerflycht, Leo Thun im Vormärz. Grundlagen des böhmischen Konservativismus im Kaisertum Österreich, Graz-Wien-Köln 1957, S. 192.

¹²⁸ Musil, Zur Geschichte, S. 12.

¹²⁹ Zur Regierungsbildung siehe Lippert, Felix Fürst zu Schwarzenberg, S. 172–175.

¹³⁰ Hermann Bonitz (geb. 29. Juli 1814 in Langensalza; gest. 25. Juli 1888 in Berlin).

¹³¹ Meister, Entwicklung, S. 75.

¹³² Lippert, Felix Fürst zu Schwarzenberg, S. 172–175.

Die erste bildungspolitische Debatte befasste sich damit, ob es unter Anbetracht der revolutionären Beteiligung der Studenten und den damit einhergehenden Vorkommnissen in der Aula der Wiener Universität, wo sich die radikale studentische Bewegung in den Sturmtagen versammelte und die Synonym für dieselbe wurde, angebracht sei, eine Abordnung der Wiener Universität zur kaiserlichen Audienz vorzulassen. Es wurde befunden, dass der als konservativ bekannte Universitätslehrkörper nichts mit den radikalen Studenten gemein habe und einer Audienz deshalb nichts im Wege stehen dürfe. Ein weiterer Tagesordnungspunkt in dieser Sitzung war der angekündigte Wiederbeginn der Fakultätsstudien. Feldmarschallleutnant Baron Welden erhob Bedenken und schlug vor, die Fakultätsstudien noch nicht zu öffnen, da den Studierenden damit wieder eine Organisationsplattform für den Aufstand geboten würde.¹³³

„Graf Stadion äußerte hierüber, er verkenne nicht die Gefahr, welche daraus für die öffentliche Ruhe entstehen könnte, wenn man alle die gefährlichen Elemente, welche die 'Wiener Aula' bildeten, sich hier wieder versammeln und ungestört gewähren ließe. Davon sei aber keine Rede [...]. Allein die gänzliche Schließung der Fakultätsstudien im laufenden Jahre wäre doch eine harte, nachteilige und unnötige Maßregel. Hart, weil sie viele Unschuldige, namentlich unter den Hörern der Rechte treffen würde, bei welchen ein guter Geist vorherrschend war, nachteilig, weil so viele Studierende ein Jahr ohne Beschäftigung zubrachten, wobei sie sich ganz ungestört dem politischen Treiben in den Städten und auf dem flachen Land widmen könnten [...].“¹³⁴

Die Wiedereröffnung der Fakultätsstudien war also beschlossene Sache, zumal sich die anderen Minister der Meinung Stadions anschlossen. Im Ministerrat am 27. Dezembers wurde als Wiederbeginn der 1. April 1849 verlautbart. Es durften sich jedoch nur Inländer und bei einigen Studien sogar nur Ober- und Niederösterreicher immatrikulieren, „wenn sie sich über ihre tadellose Haltung in politischer und moralischer Beziehung ausweisen können“¹³⁵. Ausgenommen von der Wiedereröffnung sollten bis auf weiteres „die Akademie der bildenden Künste“ sowie das „polytechnische Institut“ bleiben, „weil sich die Schüler dieser Anstalten als die tätigsten Werkzeuge der Revolutionspartei bewiesen haben“¹³⁶. Ebenso wurde beschlossen, die letzten Reste der akademischen Legion endgültig aufzulösen.

¹³³ Protokoll des Ministerrates Nr. 7, Wien, 25. Dezember 1848, in: Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848–1867, Abteilung II: Das Ministerium Schwarzenberg, Bd. 1 (5. Dezember 1848–7. Jänner 1850), hrsg. v. Kommission für die Geschichte der Habsburgermonarchie an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, bearbeitet v. Thomas Kleťečka, Wien 2002, S. 46f.

¹³⁴ Ebd., S. 47.

¹³⁵ Ebd., S. 59.

¹³⁶ Ebd.

Im größeren politischen Rahmen standen die Verhandlungen über eine Verfassung, die der föderalistisch eingestellte Reichstag ausarbeiten sollte, auf dem Programm. Die Regierung unter Schwarzenberg setzte aber auf ein anderes Pferd, nämlich auf den Zentralismus. Nach Meinung Schwarzenbergs würde nur ein zentralistisch organisierter Gesamtstaat einem Zerfall trotzen können. Ebenso versuchte der Reichstag, die Souveränität des Kaisers zu unterminieren, was Franz Joseph I. und Schwarzenberg klarerweise nicht dulden wollten. Kurzum: Der Verfassungsentwurf des Reichstages wurde abgelehnt, eine von Stadion ausgearbeitete Verfassung noch am gleichen Tag, und zwar am 4. März 1849, oktroyiert. Der Reichstag wurde gewaltsam aufgelöst.¹³⁷ In der von der Regierung aufgezwungenen Konstitution sollten der Bevölkerung Grundrechte verliehen werden, die auch für das Erziehungswesen von maßgeblicher Bedeutung waren. So heißt es im kaiserlichen Patent unter Paragraph drei: „Die Wissenschaft und Lehre ist frei.“¹³⁸ Und im darauf folgenden Paragraphen:

„Für allgemeine Volksbildung soll durch öffentliche Anstalten, und zwar in den Landestheilen, in denen eine gemischte Bevölkerung wohnt, der Art gesorgt werden, daß auch die Volksstämme, welche die Minderheit ausmachen, die erforderlichen Mittel zur Pflege ihrer Sprache und zur Ausbildung in derselben erhalten. Der Religionsunterricht in den Volksschulen wird von der betreffenden Kirche oder Religionsgesellschaft besorgt. Der Staat führt über das Unterrichts- und Erziehungswesen die Oberaufsicht.“¹³⁹

Es wurden also trotz der staatlichen „Vormundschaft“ über das Unterrichtswesen Wissenschaft und Kirche viele Freiheiten gewährt und den nationalen Minderheiten mehr Rechte eingeräumt. Prinzipiell wurde auch der Privatunterricht gestattet. Obwohl diese Verfassung nie in Kraft trat und später Österreich von Kaiser Franz Joseph auf einen neoabsolutistischen Kurs gebracht wurde, bildeten dennoch auch in Zukunft diese Grundsätze die Leitlinie für die schließlich unter dem Minister Thun vollendete Reform.

In derselben Sitzung des Ministerrates, in der das Verfassungsoktroi beschlossen wurde, machte erstmals auch Stadion seinem Unmut über die Ausübung zweier Ämter Luft. Er fragte beim Kaiser an, ob es ihm gestattet sei einen anderen Unterrichtsminister vorzuschlagen, „nachdem es ihm unmöglich sei, unter so schwierigen Konjunkturen zwei Ministerien noch länger fortzuführen“¹⁴⁰ Es erfolgte jedoch noch keine Nennung

¹³⁷ Gottsmann, *Der Reichstag*, S. 100–103; Walter, *Zentralverwaltung*, S. 320–324; Friedjung, *Österreich von 1848–1860*, S. 151–165; Rumpler, *Chance*, S. 313ff; Ernst C. Helbling, *Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte*, Wien 1956, S. 350–353.

¹³⁸ Kaiserliches Patent vom 4. März 1849 über die, durch die constitutionelle Staatsform gewährleisteten, politischen Rechte, in: *Reichsgesetzblatt*, Nr. 151, 1849, S. 165f.

¹³⁹ Ebd.

¹⁴⁰ Ministerrat Nr. 28, Olmütz, 4. März 1849, in: *Die Protokolle*, II. Abt., S. 150.

von Kandidaten. Am 9. März wiederholte Stadion noch einmal, welche Last auf ihm liege. Der Ministerpräsident Schwarzenberg betonte daraufhin, dass es notwendig sei, einen Ungarn ins Ministerium aufzunehmen. Es stelle sich nur die Frage, welches Ressort ihm überlassen werden solle? Kultus, Bildung oder doch ein anderes? Er sei schon mit dem ehemaligen ungarischen Hofkanzler, Georg Graf Apponyi¹⁴¹, in Verhandlungen getreten, doch dieser sei bei schlechter Gesundheit, weshalb er ihm den umfangreich gebildeten Grafen Emil Dessewffy an seiner Stelle empfohlen habe.¹⁴² Bei ihm handelte es sich um einen durch sein konservatives politisches Profil in der Reaktion hochgeschätzten Mann.¹⁴³ Justizminister Bach gab aber zu bedenken,

„daß diesem Minister speziell den öffentlichen Unterricht anzuvertrauen auf großen Widerspruch stoßen dürfte. Als früher Palacký zum Unterrichtsminister ernannt wurde (was aber nicht zur öffentlichen Kenntnis kam), erhoben sich bereits viele Stimmen dagegen. Gegen einen ungarischen Unterrichtsminister, bei welchem Ministerium gerade die Nationalitätsfrage praktisch hervortritt, würde nicht nur von slawischer, sondern auch von deutscher Seite nur noch mehr angekämpft werden“¹⁴⁴

Wegen der virulenten Nationalitätenfrage musste die Suche nach einem geeigneten Unterrichtsminister fortgesetzt werden. In der Sitzung des 21. März wurde das Thema zum wiederholten Male von Stadion auf den Verhandlungstisch gebracht, aber man konnte sich auf keine geeignete Person einigen.¹⁴⁵ Stadion erkrankte bald darauf und musste den Sitzungen fern bleiben. Der Gesundheitszustand des Grafen besserte sich nicht und so erfolgte am 17. Mai der Austritt aus der Regierung.¹⁴⁶ Dies bedeutete auch eine Umbildung des Kabinetts, aber es wurden nicht gleich neue Gesichter an Bord geholt, sondern die vakant gewordenen Stellen interimistisch mit Ferdinand von Thinnfeld und Alexander Bach besetzt. Letzterer wurde Innenminister und der andere Unterrichtsminister. Die Regierung war immer noch der Hoffnung, dass Stadion bald wieder zurückkehren würde, weshalb sie noch keine definitive Lösung anstrebte. Schwarzenberg wollte noch zwei Monate abwarten, bis Nägel mit Köpfen gemacht würden.¹⁴⁷ Schon bald darauf drängten Justizminister Bach und Landeskulturminister Thinnfeld auf eine baldige Besetzung der von ihnen vorübergehend vertretenen Ministerien. Bach brachte auch zur Sprache, dass durch die Loslösung der

¹⁴¹ Georg Graf Apponyi (geb. 29. Dezember 1808) war Hofkanzler, Kämmerer und geheimer Rat.

¹⁴² Ministerrat Nr. 30, Wien, 9. März 1849, in: Die Protokolle, II. Abt., S. 157.

¹⁴³ Emil Graf Dessewffy von Cernek und Tárkó (geb. 24. Februar 1812 in Eperies); weitere biographische Information: Constantin von Wurzbach, Emil Graf Dessewffy, in: Biographisches Lexikon des Kaiserthums Österreich, Bd. 3, Wien 1857, S. 260f.

¹⁴⁴ Ministerrat Nr. 30, Wien, 9. März 1849, in: Die Protokolle, II. Abt., S. 157f.

¹⁴⁵ Vgl. Ministerrat Nr. 37, Wien, 21. März 1849, in: Die Protokolle, II. Abt., S. 182.

¹⁴⁶ Die Protokolle, II. Abt., S. LXVII.

¹⁴⁷ Ministerrat Nr. 69, Wien, 15. Mai 1849, in: Die Protokolle, II. Abt., S. 296.

Kultusagenden vom Innenministerium dieses entscheidend geschmälert und dadurch erleichtert werden könne. Die Kultusangelgenheiten waren nämlich immer noch im Innenministerium integriert! Es solle dafür ein eigenes Ministerium geschaffen werden, das man ohne weiteres einem Ungarn anvertrauen könne, meinte Bach in der Ministerratssitzung vom 18. Mai 1849. Dort wurden auch neue Namen für die fixe Besetzung des Unterrichtsministeriums genannt, nämlich Schmerling und Baumgartner.¹⁴⁸ Der bedeutende Mathematiker und Physiker Baumgartner war bereits als Minister im Ministerium Pillersdorf vertreten. Er galt als gemäßigt liberal. Schmerling war zunächst Hauptvertreter der österreichischen „Großdeutschen“ in der Frankfurter Paulskirche und hatte dort als Reichsminister schon administrative Erfahrung sammeln können. Der angesehene Liberale hatte mittlerweile einen leichten Richtungsschwenk in Richtung Schwarzenbergs Konservativismus vollzogen.¹⁴⁹

Die Frage einer Ausscheidung des Kultussektors aus dem Innenministerium wurde wieder in der Sitzung vom 27. Juli aufgegriffen. Mittlerweile war ein Teil des Ministerrats soweit, dass er dem Unterrichtsministerium den Kultusbereich einverleiben wollte. Als Einwand dagegen wurde eingebracht, „dass die Führung der Kultusangelegenheiten durch den Minister des Inneren den politischen Einfluß des letzteren erhöhe und auch für die weltlichen Interessen der Geistlichkeit förderlicher [...]“¹⁵⁰ wäre. Bach sprach sich hingegen mit schlagenden Argumenten für eine Vereinigung aus.¹⁵¹ Der Justizminister und interimistische Innenminister wurde am nächsten Tag definitiv zum Innenminister ernannt und wird, wenn man das Arbeitspensum eines Innenministers betrachtet, gute Gründe gehabt haben diesen Bereich abzutreten.

Endlich also war es soweit, die durch das endgültige Ausscheiden Stadions nötig gewordene Regierungsumbildung wurde am 28. Juli 1849 vollzogen.

Unter anderem wurde jener Mann berufen, der für die Vollendung der von Sommaruga auf den Weg gebrachten Bildungsreform verantwortlich sein sollte und mit dem sich der Kreis dieser Arbeit wieder schließt: Graf Leo Thun-Hohenstein¹⁵² wurde das Amt des Ministers für Kultus und Unterricht übertragen. Wie man bereits am Namen des Ministeriums ablesen kann, hat man sich dazu entschieden Kultus und Unterricht zu vereinen.¹⁵³

¹⁴⁸ Ministerrat Nr. 72, Wien, 18. Mai 1849, in: Die Protokolle, II. Abt., S. 309.

¹⁴⁹ Lippert, Felix Fürst zu Schwarzenberg, S. 218.

¹⁵⁰ Ministerrat Nr. 128, Wien, 27. Juli 1849, in: Die Protokolle, II. Abt., S. 528.

¹⁵¹ Ebd.

¹⁵² Leopold Graf von Thun und Hohenstein (genannt Leo von Thun-Hohenstein; geb. 7. April 1811 in Tetschen; gest. 17. Dezember 1888 in Wien).

¹⁵³ Ministerrat Nr. 129, Schönbrunn, 28. Juli 1849, in: Die Protokolle, II. Abt., S. 530ff.

VII. Die Beweggründe der Berufung Leo Thun-Hohensteins

Aus den Ministerratsprotokollen geht zur Berufung Leo Thun Hohensteins nichts hervor. Exner soll jedoch eine große Rolle dabei gespielt haben. Er hatte den politischen Werdegang Thuns in Prag hautnah mitverfolgt. Thun soll sogar Vorlesungen bei Professor Exner besucht haben, da ihn seine Lehren angesprochen hätten. Exner glaubte, dass Thun über das politische Potential verfügen würde, welches zur Umsetzung seiner Reformpläne nötig war. Ebenso wusste er, dass Thun mit dem philosophischen Fundament, auf welchem sein Reformwerk stand, vertraut war und Gefallen daran fand. Laut dem Güntherianer¹⁵⁴ Alois Flir¹⁵⁵, sei Exners Einfluss im Ministerium nach der Erkrankung Stadions dermaßen gewachsen, dass er die Nominierung Thuns in die Wege geleitet habe.¹⁵⁶

Auch Stadion soll sich für Thun eingesetzt haben. Er soll ihn sogar vorgeschlagen haben. Die beiden kannten sich bereits näher. Als Stadion Gouverneur in Galizien war, arbeitete Thun als Gubernialrat in seiner Regierung. Die beiden schienen sehr angetan voneinander gewesen zu sein, denn die fünf Monate, in denen sie gemeinsam wirkten, zählten zu den glücklichsten in Thuns Beamtenlaufbahn. Thun bewunderte den Pragmatiker Stadion. Dass die Bewunderung bzw. der Respekt nicht einseitig war, zeigt eine spätere Feststellung Stadions. Er behauptete, dass sein in Galizien initiiertes Reformwerk einen Abschluss gefunden hätte, wenn sie ihm Thun nicht genommen und nach Böhmen abberufen hätten.¹⁵⁷

Helmut Rumpler schreibt, dass Schwarzenberg den böhmischen Grafen Leo Thun-Hohenstein zur Beruhigung der konservativen Hofpartei um den entmachteten Windisch-Graetz geholt habe.¹⁵⁸ Da Schmerling als Liberaler galt und nunmehr die „liberale“ Ausrichtung im Kabinett das Übergewicht zu kriegen drohte, brauchte man zur Kompensation einen Konservativen. Wenngleich die Definition der Ausrichtung hinkt und man von gemäßigt liberal bzw. monarchistisch-liberal oder dergleichen sprechen müsste und damit noch immer dem Sachverhalt nicht gerecht werden würde. Auch was den Konservativismus Thuns anbelangt, ist dieser alles andere als widerspruchsfrei. In der Verfassungsfrage und in seiner Reformtätigkeit benahm er sich keineswegs konservativ und hätte einen glaubwürdigen „Liberalen“ abgeben können.

¹⁵⁴ Anhänger des Philosophen Anton Günther (1783–1863).

¹⁵⁵ Alois Flir wirkte als Theologe und Schriftsteller. Er war Abgeordneter des Frankfurter Reichsparlaments im Jahre 1848. Für weitere biographische Information siehe: Constantin von Wurzbach, Alois Flir, in: Biographisches Lexikon des Kaiserthums Österreich, Bd. 4, Wien 1858, S. 267.

¹⁵⁶ Christoph Thienen-Adlerflycht, Graf Leo Thun-Hohenstein als nachjosephinischer Vorkämpfer eines aufgeklärten Absolutismus, in: Ulrich E. Zellenberg (Hrsg.), Konservative Profile. Ideen und Praxis in der Politik zwischen Feldmarschall Radetzky, Karl Kraus und Alois Mock, Graz-Stuttgart 2003, S. 103–168, hier S. 140.

¹⁵⁷ Thienen-Adlerflycht, Leo Thun im Vormärz, S. 190.

¹⁵⁸ Rumpler, Chance, S. 321.

Dass Windisch-Graetz von der Person Thuns überzeugt war und nichts gegen seine Bestellung auszusetzen hatte, zeigt schon sein loyales Verhalten Thun gegenüber während dessen Gubernialpräsidentschaft in Böhmen. Thun versuchte nämlich während der kurzen, stürmischen Regierungsperiode des Ministeriums Pillersdorf eine provisorische Regierung in Prag zu errichten, wofür er dann vom Kabinett Wessenberg des Amtes enthoben wurde.¹⁵⁹ Windisch-Graetz, damals noch General in Prag, billigte, ja unterstützte sogar dieses Unternehmen.¹⁶⁰ Er hielt nichts auf die Regierung in Wien und war von der „reinsten und edlen Absicht“¹⁶¹ Thuns überzeugt.

Als letzter in der Frage nach den Beweggründen zur Berufung Thuns muss Schmerling genannt werden. In seinen Tagebüchern bedauert er es, dass gerade er „den Grafen Thun ins Ministerium brachte, der in der Folge als Schöpfer des Konkordates eine so traurige Berühmtheit erlangte“¹⁶². Er hätte es sich niemals erdenken können, dass

„ein in allen Kreisen, insbesondere des Mittelstandes durch ungemein feines Wesen und Interesse an allem, was den Fortschritt bedeutet, gerechte Anerkennung gefunden, eine so ultramontane Richtung einschlagen würde“¹⁶³. „Graf Thun habe sich uns damals als Kavalier präsentiert, der über seine Standesgenossen hinaus an Einsicht und Kenntnissen und Interessen für alles Bedeutende hervorragte und hat sich in unserem Kreise der allgemeinen Achtung erfreut. Ich konnte nicht anders denken, als dass er, ein durchaus wissenschaftlich gebildeter und für alle Ideale begeisterter Mann, auch als Minister erfolgreich wirken würde.“¹⁶⁴

In wie weit der jugendliche Kaiser auf die Besetzung des Unterrichtsministeriums Einfluss hatte, geht aus keiner der durchgesehenen Quellen und auch nicht aus der bearbeiteten Literatur hervor. Einzig wird der Kaiser in diesem Zusammenhang bei Josef Musil erwähnt. Angeblich auf sein Drängen hin, sollte das bisher provisorisch besetzte Ressort endgültig von einem definitiven Minister versehen werden.¹⁶⁵

¹⁵⁹ Walter, Zentralverwaltung, S. 138–149.

¹⁶⁰ Ebd., S. 143f.

¹⁶¹ Vortrag Windisch-Graetz' vom 30. Mai 1848, zit. nach Walter, Zentralverwaltung, S. 144.

¹⁶² Schmerlings unveröffentlichte Tagebücher, zit. nach Christoph Thienen-Adlerflycht, Graf Leo Thun-Hohenstein, S. 140.

¹⁶³ Ebd., S. 140f.

¹⁶⁴ Ebd.

¹⁶⁵ Musil, Zur Geschichte, S. 12.

Quellen und Literatur

Borsche, Tilman, Wilhelm von Humboldt, München 1990.

Brauneder, Wilhelm, Leseverein und Rechtskultur. Der juristisch-politische Leseverein zu Wien 1840 bis 1990, Wien 1992.

Endres, Robert, Revolution in Österreich 1848, Wien 1947.

Engelbrecht, Helmut, Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Erziehung und Unterricht auf dem Boden Österreichs, Bd. 4: Von 1848 bis zum Ende der Monarchie, Wien 1986.

Fachgespräch "Jedes Talent fördern – Perspektiven des gegliederten Schulwesens" am 18. Juni 2008, [http://www.csu-landtag.de/www/druckversion/1170_1695.asp], eingesehen 5.10.2009.

Feuchtersleben, Ernst von, Pädagogische Schriften, Paderborn 1963.

Frankfurter, Salomon, Graf Leo Thun-Hohenstein, Franz Exner und Hermann Bonitz. Beiträge zur Geschichte der österreichischen Unterrichtsreform, Wien 1893.

Friedjung, Heinrich, Österreich von 1848–1860, Bd. 1: Die Jahre der Revolution und der Reform 1848 bis 1851, Stuttgart-Berlin 1908.

Göhler, Gerhard, Liberalismus im 19. Jahrhundert – eine Einführung, in: Politische Theorien des 19. Jahrhunderts. Konservatismus, Liberalismus, Sozialismus, hrsg. v. Bernd Heidenreich, Wiesbaden 1999², S. 211–228.

Goldinger, Walter, Die Zentralverwaltung in Cisleithanien – die zivile gemeinsame Zentralverwaltung, in: Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Bd. II: Verwaltung und Rechtswesen, hrsg. v. Adam Wandruszka, Peter Urbanitsch, S. 100–189.

Gottsmann, Andreas, Der Reichstag von Kremsier und die Regierung Schwarzenbergs. Die Verfassungsdiskussion des Jahres 1848 im Spannungsfeld zwischen Reaktion und nationaler Frage, Wien-München 1995.

Helbling, Ernst C., Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, Wien 1956.

Humboldt, Wilhelm von, Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen, Leipzig 1885.

Kiszling, Rudolf, Fürst Felix zu Schwarzenberg. Der politische Lehrmeister Kaiser Franz Josefs, Graz-Köln 1952.

Kletečka, Thomas (Bearb.), Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848-1867, Abteilung I: Die Ministerien des Revolutionsjahres 1848 (20. März 1848–21.

November 1848), hrsg. v. Kommission für die Geschichte der Habsburgermonarchie an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien 1996.

Derselbe (Bearb.), Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848–1867, Abteilung II: Das Ministerium Schwarzenberg, Bd. 1 (5. Dezember 1848–7. Jänner 1850), hrsg. v. Kommission für die Geschichte der Habsburgermonarchie an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien 2002.

Koralka, Jiri, Tschechen im Habsburgerreich und in Europa. Sozialgeschichtliche Zusammenhänge der neuzeitlichen Nationsbildung und der Nationalitätenfrage in den böhmischen Ländern, Wien 1991.

Lentze, Hans, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein (Sitzungsberichte der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, philosophisch-historische Klasse 239/2), Wien 1962.

Lippert, Stefan, Felix Fürst zu Schwarzenberg. Eine politische Biographie, Stuttgart 1998.

Meister, Richard, Entwicklung und Reform des österreichischen Studienwesens (Sitzungsbericht der österreichischen Akademie der Wissenschaften, philosophisch-historische Klasse 239/1), Wien 1962.

Derselbe, Lehr- und Lernfreiheit in der Thunschen Universitätsreform und in der Gegenwart in Österreich, in: *Anzeiger der Österreichischen Akademie der Wissenschaften* (1957), Nr. 15, S. 207–232.

Menze, Clemens, Die Bildungsreform Wilhelm von Humboldts, Hannover 1975.

Musil, Josef, Zur Geschichte des österreichischen Unterrichtsministeriums 1848–1948, in: 100 Jahre Unterrichtsministerium 1848–1948. Festschrift des Bundesministeriums für Unterricht in Wien, hrsg. v. Egon Lobenstein, Wien 1948, S. 7–14.

Ogris, Werner, Die Universitätsreform des Ministers Leo Thun-Hohenstein, Wien 1949. *Reichsgesetzblatt*, Nr. 151, 1849.

Rumpler, Helmut, Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie 1804–1914 (Österreichische Geschichte 6), Wien 2005.

Thienen-Adlerflycht Christoph, Graf Leo Thun-Hohenstein als nachjosephinischer Vorkämpfer eines aufgeklärten Absolutismus, in: *Konservative Profile. Ideen und Praxis in der Politik zwischen Feldmarschall Radetzky, Karl Kraus und Alois Mock*, hrsg. v. Ulrich E. Zellenberg, Graz-Stuttgart 2003, S. 103–168.

Derselbe, Leo Thun im Vormärz. Grundlagen des böhmischen Konservatismus im Kaisertum Österreich, Graz-Wien-Köln 1957.

Walter, Friedrich, Die österreichische Zentralverwaltung, III. Abteilung: Von der Märzrevolution 1848 bis zur Dezemberverfassung 1867, 1. Band: Die Geschichte der Ministerien Kolowrat, Fiquelmont, Pillersdorf, Wessenberg-Doblhoff und Schwarzenberg, Wien 1964.

Wiener Zeitung, Nr. 84, 24. März 1848.

Wurzbach, Biographisches Lexikon.

Gebhard Bendler studierte von 2004 bis 2009 Geschichte, Spanisch und Deutsch an den Universitäten Innsbruck, Valladolid (E), und Regensburg (D).

Gebhard.Bendler@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Gebhard Bendler, Der politische Hintergrund zur Errichtung des Unterrichts- und Cultusministeriums 1949, in: *historia.scribere* 2 (2010), S. 399–432, [http://historia.scribere.at], 2009–2010, eingesehen 1.4.2010 (=aktuelles Datum).